

Wöchentlich 60 Bl., monatlich 1,60 M. im voraus zahlbar. Postbezug 4,32 M. einschließlich 60 Blg. Postgebühren. Die Postbestellgebühren Auslandssubskribenten 4.— M. pro Monat.

Der „Vorwärts“ erscheint wöchentlich dreimal, Sonntags und Feiertage einmal, die Abendausgaben für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“ „Multierte Beilagen: „Welt und Zeit“ und „Kinderfreund“ „Fremde Unterhaltung und Wissen“, „Frauenstimme“, „Lehrling“, „Bild in die Bücherwelt“ und „Jugend-Vorwärts“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Groß-Berlin 10 Pf. Auswärts 15 Pf.

Der 41. Jahrgang beginnt am 1. Dezember 1929. Die 41. Nummer des „Vorwärts“ hat 48 Seiten. Die 42. Nummer des „Vorwärts“ hat 48 Seiten. Die 43. Nummer des „Vorwärts“ hat 48 Seiten. Die 44. Nummer des „Vorwärts“ hat 48 Seiten. Die 45. Nummer des „Vorwärts“ hat 48 Seiten. Die 46. Nummer des „Vorwärts“ hat 48 Seiten. Die 47. Nummer des „Vorwärts“ hat 48 Seiten. Die 48. Nummer des „Vorwärts“ hat 48 Seiten. Die 49. Nummer des „Vorwärts“ hat 48 Seiten. Die 50. Nummer des „Vorwärts“ hat 48 Seiten. Die 51. Nummer des „Vorwärts“ hat 48 Seiten. Die 52. Nummer des „Vorwärts“ hat 48 Seiten. Die 53. Nummer des „Vorwärts“ hat 48 Seiten. Die 54. Nummer des „Vorwärts“ hat 48 Seiten. Die 55. Nummer des „Vorwärts“ hat 48 Seiten. Die 56. Nummer des „Vorwärts“ hat 48 Seiten. Die 57. Nummer des „Vorwärts“ hat 48 Seiten. Die 58. Nummer des „Vorwärts“ hat 48 Seiten. Die 59. Nummer des „Vorwärts“ hat 48 Seiten. Die 60. Nummer des „Vorwärts“ hat 48 Seiten.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Herausgeber: Dönhofs 292-297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postkontos: Berlin 37336. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Wallstr. 65. Dr. S. u. Disc.-Gef., Depostenkasse Lindenstr. 3.

Deutschnationaler Zerfall.

Bildung einer christlich-sozialen Gruppe im Reichstag.

Die der Christlich-sozialen Reichsvereinigung angehörenden Reichstagsabgeordneten veröffentlichten folgende Erklärung:

Die der Christlich-sozialen Reichsvereinigung angehörenden Reichstagsabgeordneten schließen sich zu einer Christlich-sozialen Gruppe im Reichstag zusammen. Sie sind bereit, mit den anderen aus der deutschnationalen Reichstagsfraktion ausgeschiedenen Abgeordneten eine fraktionelle Arbeitsgemeinschaft zu bilden. Für die Vertretung ihrer christlich-sozialen Ziele in ihrer parlamentarischen Tätigkeit behalten sie sich volle Bewegungsfreiheit vor. Hüfner, Hartwig, Behrens, Dr. Mumm, Lambach.

Graf Westarp legt den Fraktionsvorsitz nieder.

Die Sitzung der deutschnationalen Reichstagsfraktion, die um 14 Uhr begann, war nur von kurzer Dauer. An ihr nahmen auch Abgeordnete der preussischen Landtagsfraktion teil, u. a. die Abgeordnete Steuer und Dr. Kaufhold. Zu Beginn der Sitzung gab der Vorsitzende, Graf Westarp, die Erklärung ab, daß er den Fraktionsvorsitz niederlege, daß er aber selbstverständlich in Partei und Fraktion bleibe. Dr. Obersjöhren dankte Graf Westarp für seine treue Arbeit als Fraktionsvorsitzender. Die Sitzung wurde darauf vertagt.

Die Ausgeschiedenen.

Die Zahl der aus der deutschnationalen Reichstagsfraktion ausgetretenen Abgeordneten beträgt zwölf. Es sind die Abgeordneten Lambach, Hartwig, Hüfner, Kühne, Lejeune-Jung, Trebranus, Lindener-Wildau, Schlange-Schöningen, Kneffel, Mumm, Behrens, Hüfner.

Weitere Austritte stehen bevor.

Im Anschluß an den Austritt von deutschnationalen Reichstagsabgeordneten aus Fraktion und Partei haben auch die deutschnationalen Landtagsabgeordneten Kriesch und Meyer-Hermisdorf dem Vorstand ihrer Fraktion von ihrem Austritt aus der deutschnationalen Landtagsfraktion, Meyer-Hermisdorf auch aus der Partei, Mitteilung gemacht.

Graf Dohna ausgeschlossen.

Wie gemeldet wird, hat der Landesverband Ostpreußen der Deutschnationalen Volkspartei den Grafen Dohna wegen seines in der „Berliner Börsenzeitung“ veröffentlichten Aufsatzes „Zu neuen Ufern“ aus der Partei ausgeschlossen.

Sie begreifen es nicht einmal, was vor sich geht! Der Presseschef des Herrn Hugenberg deklamiert angesichts der Spaltung: „Im Vertrauen auf ihren Führer wird die nationale Opposition dem Endkampf entgegengehen. Nicht auf der Grundlage des heutigen Staates, sondern in der Überwindung des heutigen Staatssystems. Nur Minderheiten machen Geschichte, nicht solche, die sich zur Masse schlagen!“ Sie begreifen es nicht, daß dies das Ende der „nationalen Opposition“ ist, die Vollstreckung eines geschichtlichen Todesurteils! Der Endkampf kommt nicht, er ist aus! Der Reichsverband der Deutschen Industrie hat erkannt, daß die endgültige Reparationsregelung und die Befreiung des Rheinlands die historische Stunde ist — aber die Blinden um Hugenberg sehen nicht — sie leben immer noch in den Zeiten vor 1923!

Die „nationale Opposition“ war einst eine glänzende Parole zur Sammlung aller Mißvergnügten gegen die Republik, denen man die Herrlichkeiten des Kaiserreichs malte — vor dem Kriege, versteht sich. Ein Helfferich hat dies Instrument der Demagogie zur Parteilammlung virtuos gehandhabt mit der Absicht, die „nationale Opposition“ von der Brotstückerpartei einst zur wirklichen Macht zu führen. Macht schaffen durch Aufwühlung der Leidenschaften gegen die Politik, die die Staatsparteien nach der Niederlage zu führen gezwungen waren — das war ihr Sinn. Das Ziel aber: Ausnutzung der Macht zum Sturze der Demokratie, zur radikalen Vertretung der Interessen der Gruppen, die im Kaiserreiche herrschten!

Die Erfolge der Politik der Notwendigkeit waren stärker als die Sammelparole der „nationalen Opposition.“ Jeder Schritt auf dem steinigem Wege nach vorwärts war eine gewonnene Position der Politik des gesunden Menschenverstandes gegen die Demagogie der Leidenschaft. Das Ende des Ruhrkampfes hat die Art an die Wurzeln der Illusionen der nationalen Opposition gelegt — die Befreiung des Rheinlands, die Revision des Dawes-Planes, die endgültige Festlegung der Reparationsverpflichtungen vollendet, was damals begann.

Hugenberg — des geschichtlichen Sinnes so bar wie des politischen Verständnisses — hat fünf Minuten vor zwölf Uhr noch einmal den Versuch gemacht, die Deutschnationalen Volkspartei in ihrer bisherigen Gestalt zu behaupten durch die Wiederaufnahme der Parolen der „nationalen Opposition“. Er hat nicht begriffen, daß das Problem anders für Helfferich stand als für ihn. Er hat nicht begriffen, wie sich die historische Situation gewandelt hat!

Helfferich hat sozial und auch politisch auseinanderstrebende Elemente gesammelt in einer Partei und sie zusammengehalten durch das Bindemittel der „nationalen Opposition“. Als die Politik der Verständigung vorwärtsschritt, nach der Annahme des Dawes-Plans, vollzog diese Partei den Schritt aus der Sammlungsperiode in die der politischen Wirksamkeit. Eintritt in die Regierung, Anpassung an das neue System, Vertretung der Interessen, die sie vorwiegend zusammenschloß, im demokratischen Parlament. Die „nationale Opposition“ hat sie aus dieser Lage wieder herausgerissen — die Demagogie der Sammlungsperiode rückte sich. Seitdem strebten die heterogenen Elemente auseinander: Opposition gegen den starren Monarchismus, Opposition gegen den sozialreaktionären Kurs, Fall Lambach! Der ideologische Schleier der „Volks“partei auf der Grundlage der „nationalen“ Demagogie zerriß.

Hugenberg hat diese Partei zurückführen wollen aus der Periode des Wirkens in die Periode der Sammlung, aus der Periode der Machtverwirklichung in die der Agitation, mit derselben Parole, die im Augenblick der Uebernahme des Anteils an der Macht so eklatant, so weit hin sichtbar um der Macht willen preisgegeben worden war! Er hat die offen hervortretenden sozialen und politischen Gegensätze zurückdrängen wollen durch eine politische Idee, die keine Resonanz mehr in den Massen findet, weil sie geschichtlich überholt ist, weil ihre Unvereinbarkeit mit der Gegenwart und den Lebensinteressen des Volkes sichtbar vor aller Augen liegt.

Er hat geglaubt, zurückzugehen zu Helfferich, und hat nicht begriffen, daß dieser weit über den Hugenberg von heute hinaus war, weil sein Ziel die Macht, die Eier nach der Macht war, nach dem Anteil an der Macht, an den er sich ankammern wollte.

Helfferich hat sich und seine Partei nach dem Kaiserantritt von den Alldeutschen, den offenen Putzschiffen, den politischen Mördern, getrennt. Er hat die Leidenschaften benutzt, die diese Kreise umgaben, er hat sie gepeitscht, um dann die Trennung zu vollziehen um des Weges zur Macht willen.

Hugenberg hat in der Stunde der Krise der Deutschnationalen Volkspartei das Bündnis mit den Alldeutschen, mit den Nationalsozialisten, mit den Putzschiffen aufs neue geschlossen — er hat zerstört was die Deutschnationalen Volkspartei bisher erreicht hatte. Die Antwort ist die

Spaltung seiner Partei, und diese Spaltung besiegelt zugleich das Ende der nationalen Opposition.

Die Unentwegten halten das Fährlein aufrecht: Hugenberg, die Alldeutschen, die Nationalsozialisten, der Stahlhelm. Sie hoffen auf die Minderheit, die Geschichte macht, auf die Minderheit, die immer kleiner wird. Endkampf? Ach nein, nur Agonie!

Die Deutschnationalen, die Partei und Fraktion verlassen, die Sehenden, empfinden die Zerstörung ihrer Partei auf das tiefste, sie fühlen, daß die Helfferische Konzeption der Sammlung zerfallen ist. Aus dem Ablagebrief des Herrn Lambach an Hugenberg spricht weißglühender Zorn des wirklichen Politikers: die Brücken über Elbe, Main und Rhein zerfallen, die Brücken über die Stände zerstört, tiefstes Mißtrauen gegen die Deutschnationalen Volkspartei in die christliche Arbeiterbewegung gesetzt!

Hugenberg bleibt allein mit den Unentwegten und der antiquierten Sammelparole, die selbst am unzeitgemäß aus der Zeit vor dem Ruhrkampf in die Zeit der Befreiung des Rheinlandes hineinragt. Die Elemente seiner Partei, die nach praktischer Politik, nach Machtkampf um Interessen drängen, die bei dem großen Kampf um die Lastenverteilung, um die Neuordnung der Gewichte zwischen den Klassen nicht abseits stehen wollen, flüchten vor der Politik der Sterilität, der unfruchtbaren Opposition, des sturen Abwartens auf den Sturz der Demokratie, die eben in dieser Parteilatastrophe ihre gewaltige Macht erweist.

Die Vertreter der Landwirtschaft schieden sich an zu gehen, Herr Schlange-Schöningen ist bereits gegangen.

Prominente Unternehmervertreter wie Kühne und Leopold rebellieren. Sie begreifen, daß man sozialreaktionäre Pläne nicht verwirklichen kann, wenn man das Tisch Tuch gegenüber den Arbeitern und Angestellten zerschneidet, die noch in der Illusion der nationalen Volksgemeinschaft, der Harmonie der Klassen befangen sind. Sie begreifen, daß man zur sozialen Reaktion nicht nur ein Programm und den bösen Willen, sondern auch Macht im parlamentarischen System besitzen muß. Sie wollen vor allen Dingen nicht abseits stehen in unfruchtbarer Opposition, in einer nicht koalitionsfähigen Partei, wenn das große politische Ringen um die Finanzreform und den Kurs der Wirtschaftspolitik anhebt. Für sie ist die Flucht vor Hugenberg der Weg zur Verstärkung der Front gegen die Sozialdemokratie.

Hugenberg zog aus, um den „Marxismus“ zu schlagen, aber diese Kräfte entziehen entsetzt, weil sie fürchten, daß die Front gegen den „Marxismus“ durch Hugenbergs Willen zu sehr geschwächt werden könnte!

Welche Neugruppierungen, welche Wandlung der Machtverhältnisse im gegenwärtigen Reichstag die Folge der deutschnationalen Spaltung sein werden — das muß sich zeigen. Aber über das Parlamentarische hinaus ergibt sich: die „nationale“ Demagogie ist zerrissen, die Illusion der Klassenharmonie in der Deutschnationalen Volkspartei ist zerstört, Bewegung gerät in einen Expeller des bürgerlichen Parteiensystems, der mit der Volksgemeinschafts-ideologie Volkskräfte binden wollte gegenüber der Sozialdemokratie, die nicht ins bürgerliche Lager gehören!

Verlorene Illusionen!

Lambachs Abrechnung mit Hugenberg.

Der Reichstagsabgeordnete Lambach veröffentlicht im „Deutschen“ den folgenden Offenen Brief an Hugenberg:

Sehr geehrter Herr Geheimrat! Es war ein Verdienst der Deutschnationalen Volkspartei, den konservativen Gedanken von den ostelbischen Positionen aus über Elbe und Main hinübergetragen und ihn mit den christlich-sozialen Gedanken des Westens vermählt zu haben. Durch Ihre Politik ist dieser Erfolg wieder zerfallen worden. Die konservativen Brücken über Elbe, Rhein und Main sind durch Sie zerstört worden.

Die Deutschnationalen Volkspartei hatte unter ihrem ersten Vorsitzenden eine Brücke über die Klüft zwischen den Ständen geschlagen. Sie haben durch ihre betriebliche Förderung der „Irwege der Sozialpolitik“, mit der

Sie Ihre Tätigkeit als Parteivorsitzender eröffneten, diese Brücken wieder zerstört.

Durch Ihren Brief nach Amerika und die darin enthaltene Aufforderung an ausländische Kapitalisten zur Beteiligung am Kampfe gegen große Teile der deutschen Arbeitnehmerschaft haben Sie den Weg zur innerdeutschen Verständigung über innerdeutsche soziale Fragen verlassen und sich außerhalb jener Volksgemeinschaft gestellt, die eigene Not aus eigener Kraft in eigener Würde überwinden will.

Die Deutschnationalen Volkspartei, die einst eine Hoffnung des deutschen Arbeitertums gewesen war, sieht infolge dessen heute in der Arbeitnehmerschaft auf tiefes Mißtrauen.

Die Deutschnationalen Volkspartei hatte Brücken zu den

positiven Christen in beiden Konfessionen geschlagen. Der von Ihnen angeordnete Gewissenszwang gegen katholische Abgeordnete im Kreuzzugslandtag hat die Katholiken von ihr weggedrängt. Ihre Tätigkeit als Presse- und Filmunternehmer hat das Amt des deutschnationalen Parteivorsitzenden mit der Kultur und Sitte zersetzenden Wirksamkeit von Boulevardblätter und lästernen Filmen in Zusammenhang gebracht. Beide evangelische Kreise haben sich infolge dessen von der Partei abgewandt und sind eigene Wege gegangen.

Die Deutschnationalen Volkspartei hatte mit gutem Erfolg Möglichkeiten zur Verständigung und Zusammenarbeit von Stadt und Land geschaffen, indem sie christlich-nationalen Arbeitnehmern und deutschen Bauern bei Hunderten von gesetzgeberischen Maßnahmen weit über die Fraktionsgrenzen hinaus einander die Hand zu reichen ermöglichte. Wenn nicht Landbundführer und christlich-nationale Gewerkschaftsführer auch gegen Ihre politischen Absichten mit jähher Beharrlichkeit die gegenseitigen Beziehungen ernsthaft gepflegt hätten, so hätte Ihre antigewerkschaftliche Politik auch die Brücken zwischen Stadt und Land inzwischen endgültig zerstört.

Die Deutschnationalen Volkspartei hat staatspolitisch vom ersten Auftreten in der Nationalversammlung dafür gesorgt, daß die nachdrückliche Vertretung ihrer eigenen politischen Auffassung ein gemeinsames Arbeiten mit anderen christlichen und nationalen Parteien möglich blieb. Sie hat auf allen Gebieten im Hand-in-Hand-Arbeiten mit Volkspartei und Zentrum christliche und nationale Güter gegen den Marxismus geschützt.

Sie, Herr Hugenberg, haben durch Ihre Politik eine so tiefe Kluft zwischen sich und diese anderen antimarxistischen Parteien gelegt, daß eine gemeinsame Abwehr des Marxismus mit ihnen zusammen nicht mehr möglich ist und die Deutschnationalen Volkspartei unter Ihrer Führung infolgedessen zu politischer Bedeutungslosigkeit herabgesunken ist.

Durch den Zuchthausparagrafen des Volksbegehrens, den Sie eingebracht haben, ohne den Rüt über das Verantwortungsbedürfnis zu finden, ihn der Fraktion vorher vorzulegen, haben Sie eine Kluft zwischen sich, Ihren Freunden und dem Reichspräsidenten Hindenburg aufgerissen, die die Möglichkeiten einer ernsthaften Nationalpolitik für die Partei noch mehr beschränkt.

Undeutsche Zufriedenheit.

Die „Deutsche Zeitung“ schreibt: „Die neue Sonderbildung ist das Ende einer Entwicklung, die mit dem 29. August 1924 eingeleitet hat, wir finden in dieser Gruppe einen großen Teil der Männer, die in den verflochtenen Jahren der Parteileitung Widerstand geleistet haben. Wie abwegig ihre Erwägungen sind, dafür liefert insbesondere auch der Brief des Abgeordneten Schlangenschnögingen einen Beweis, er hat nicht begriffen, daß die Rettung der Landwirtschaft nur mit einem völligen Systemwechsel zu erreichen ist. Das gleiche gilt von dem Abgeordneten Klönne, der in einem in einer Berliner und einer Münchener Zeitung erschienenen Aufsatz eine Front der Männer fordert, die bereit sind, auf der Grundlage des heutigen Staates, auf der Grundlage der heute gegebenen Verhältnisse für ihr Vaterland zu kämpfen und zu arbeiten.“

Man kann die so erzielte Klärung vom Standpunkt der nationalen Opposition aus begrüßen.“

Im Westarp.

Hugenbergs „Nacht Ausgabe“ — sehr betreten — klammert sich an die Tatsache, daß Graf Westarp nicht ausgetreten ist, wie an einem Rettungsanker, und schreibt dreispaltig: „Graf Westarp bleibt in der Fraktion und in der Partei.“ Auch sie erinnert an die Dames-Abstimmung:

„An sich geht der Ursprung dieser Auseinandersetzungen bis auf die Abstimmung der Deutschnationalen Volkspartei über den Dames-Plan im Jahre 1924 zurück, wo ein Teil durch die Zustimmung die Annahme des Dames-Plans möglich machte. Die Gegensätze gruppierten sich zunächst um die Haltung einiger Mitglieder der deutschnationalen Reichstagsfraktion, die dem Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verband angehören.“

Die „Kreuzzugzeitung“ aber, dem Grafen Westarp unterstehend, referiert sich gegenüber Hugenberg:

„Erfahrungsgemäß gehen solche Entwicklungen weiter. Wir werden mit gespannter Aufmerksamkeit verfolgen, wozu der Prozeß führen wird. Unsere politische Grundlinie wird von den Vorgängen zwar nicht berührt, unsere praktisch-politische Betätigung aber in Zukunft in starkem Maße davon abhängig sein, ob und wo sich eine wirklich konfessionelle Haltung und ein starker, jähher, auf realpolitische Ziele gerichteter nationaler Wille zeigt.“

Agrarische Sorgen.

Die „Deutsche Tageszeitung“ schreibt: „Vom Standpunkt der Grünen Front aus wird man infolgedessen einen Ausgang des Konflikts nur bedauern können, der hier wichtige Verbindungsäden und Einwirkungsmöglichkeiten zerschneidet. Das um so mehr, als der Ausschluß der drei Abgeordneten möglicherweise weiterwirkende Konsequenzen nach sich ziehen wird und draußen im Lande nach der ganzen Sachlage sehr leicht zu bedauerlichen Mißdeutungen in nichtsozialistischen Arbeitnehmerschichten führen kann.“

Kommunistenlärm im Reichstag.

Kommunistische Ablenkungsstrategie für Hugenberg. 24 Kommunisten ausgeschlossen.

Der Reichstag hat gestern die erste Lesung des Republikstimmgesetzes beendet und den Entwurf dem Ausschuss überwiesen.

Die kommunistische Fraktion hatte verabredet, den Reichsinnenminister Severing niederzuschreiben. Sie führte diesen Beschluß mit einer Flut der niedrigsten und gemeinsten Beschimpfungen durch. Die Präsidenten von Kardorff und Löbe sahen sich gezwungen, 24 kommunistische Abgeordnete aus dem Saal zu weisen. Die Sitzung mußte mehrfach unterbrochen werden. Der Abgeordnete Koenen, der sich besonders niedrig benahm, wurde von Polizisten aus dem Gebäude geführt.

Die kommunistische Fraktion wollte offenbar mit Gewalt die Aufmerksamkeit von den Vorgängen in der Hugenberg-Partei auf sich lenken. Der traurige Ruhm Hugenbergs hat sie so mit Neid erfüllt, daß sie nach noch traurigerem Ruhm griffen.

Einigung in Prag.

Die Verteilung der Ministerämter.

Prag, 4. Dezember. (Eigenbericht.)

Die tschechischen Sozialdemokraten haben heute nach langen Beratungen beschlossen, den letzten Vorschlägen des designierten Ministerpräsidenten Udejal für die Ressortaufteilung zuzustimmen.

Um 6 Uhr abends begaben sich die Unterhändler der Partei zu dem Ministerpräsidenten, um ihm diese Beschlüsse mitzuteilen, wobei sie allerdings Verwahrung gegen die dem wirklichen Kräfteverhältnis nicht entsprechende Zusammenfassung einlegten. Dennoch erklärten sich die tschechischen Sozialdemokraten mit dem Unterrichtsministerium, dem Justizministerium und dem Ernährungsministerium einverstanden, während die deutschen Sozialdemokraten das ursprünglich dem tschechischen Genossen angebotene Wohlfahrtsministerium übernehmen.

Die tschechischen Agrarier mußten das Schulministerium aufgeben, besetzten aber dafür das Innenministerium, das dem bisherigen Innenminister Czerny als Beamtenminister zugewandt war, mit einem ihrer Parlamentarier. Da Czerny jedoch als Gegner der Agrarier galt, ergibt sich als Ende des langen Ringens um die Ressortaufteilung, daß die beiden sozialdemokratischen Parteien das Schulministerium aus dem Besitzstand der Agrarier übernehmen. Die Ressortaufteilung ist demnach folgende:

Tschechische Agrarier: Ministerpräsident, Nationale Verteidigung, Landwirtschaft und Jambres. Tschechische Christen: Öffentliche Arbeiten und Umfinanzierung der Gesetzgebung. Nationaldemokraten: Handel. Tschechische Ge-

werdepartei: Eisenbahnen. Deutsche Agrarier: Gesundheit.

Der Linksbund erhält folgende Ministerien: Tschechische Sozialdemokraten; Justiz, Schule und Ernährung, zugleich mit dem Stellvertretenden Vorsitz im Ministerrat. Deutsche Sozialdemokraten: Soziale Fürsorge. Tschechische Nationalsozialisten: Kulturbes und Post. Als einziger Beamtenminister soll dem Kabinett Dr. Englisch angehören, der bereits einigen früheren Regierungen als Finanzminister angehört. Das Kabinett setzt sich demnach aus

9 bürgerlichen, 6 Sozialisten und einem Fachminister zusammen.

Nach der Ressortaufteilung ist allerdings noch eine weitere Etappe, die Aufstellung des Regierungsprogramms in der Regierungserklärung zu überwinden, bevor es zu der offiziellen Ernennung des Kabinetts kommen kann. Auch hier sind noch kleine Schwierigkeiten zu erwarten, da jede Partei darauf bedacht sein wird, ihre besonderen Wünsche im Regierungsprogramm und in der Regierungserklärung zu verankern. Wenn keine besonderen Zwischenfälle eintreten, so rechnet man mit der offiziellen Ernennung des Kabinetts bis Ende der Woche.

Als Kandidaten der Sozialdemokratischen Partei kommen in Betracht: Dr. Weiskner für Vorsitz, Dr. Derer, Schulwesen, und Bechgne Ernährung und Stellvertretender Vorsitzender im Ministerrat. Von den deutschen Sozialdemokraten Dr. Czoch, Soziale Fürsorge. Die tschechischen Nationalsozialisten werden das Außenministerium wie bisher mit Dr. Benzsch besetzen. Kandidat für das Postministerium ist Dr. Franke.

Brolat vor dem Sklarek-Ausschuß

Sachliche Darlegung. — Fragen werden nicht gestellt.

Zu Beginn der heutigen Sitzung des Sklarek-Untersuchungsausschusses bot Abg. Leinert (Soz.), zu der gestrigen Aussage des Zeugen Kovarra vernommen zu werden. Von den Rechtsparlamenten wurde diesem Wunsch entgegengetreten, aber Abg. Dubach (Komm.) erklärte, im Hemmerdauschuß sei es dem Landtag nicht gelungen, eine Anzahl Abgeordnete zur Aussage überhaupt heranzuführen; man sollte sich freuen, wenn ein angegriffener Abgeordneter sofort die Gelegenheit zur Aussage ergreife. Die Vernehmung des Abg. Leinert wurde dann beschlossen.

Abg. Leinert erklärte, der Zeuge Kovarra habe gestern behauptet, daß Leinert ihn und der Abg. den Generalmajor v. Raab und andere Herren vom „Vaterlandbau“ zugeführt hätte. Er kenne weder Herrn Kovarra noch Herrn von Raab und habe niemals für die Stadt Hannover irgendwelche Geschäfte mit der RWG abgeschlossen. Im übrigen sei die ganze Aussage sinnlos. Wenn er als Oberbürgermeister von Hannover mit der Stadt Berlin zu tun gehabt hätte, hätte er selbstverständlich mit Vermuth oder Böß verhandelt und nicht mit Herrn Kovarra. Hierauf wird die

Vernehmung des Stadtrats Benede

fortgesetzt. Benede gibt zu, besonders mit Max Sklarek freundschaftlich verkehrt zu haben, bestreitet aber, irgendwelche Zuwendungen erhalten zu haben. Die Autogeschäfte des Sohnes seiner jetzigen Frau aus deren erster Ehe und die gelegentlichen Weltgeschäfte seiner Frau mit den Sklareks seien ihm nur ganz flüchtig bekannt geworden.

Auf weitere Fragen erklärt Stadtrat Benede, daß die Verwaltung der Stadt Berlin an dem Tage stillstehen würde, an dem die einzelnen Dezernenten ihr Ressort nicht mehr selbstständig bearbeiteten und ein Stadtrat sich auf den anderen verleihe. Schon jetzt müßten die unbesoldeten Stadträte täglich 10 bis 12 Stunden arbeiten, um nur das Notwendigste abzuwickeln. Vor dem Kriege sei ein unbesoldeter Stadtrat in 1 oder 1½ Stunde fertig gewesen. Das alte Klein-Berlin habe 18 besoldete Stadträte gehabt, das neue Groß-Berlin unter den ungescheutsten Verhältnissen von heute 12.

Eine Bemerkung des Abg. Riedel (Dem.), daß diese ungenügende Ausstattung der Berliner Verwaltung von den Rechtsparlamenten in das Gesetz über Groß-Berlin hineingepfuscht worden sei, ruft unter den Ausschussmitgliedern Debatten hervor.

Das Betriebsratsmitglied Kurbaun war vom April 1919 bis April 1922 in der RWG tätig. Er hatte Verdacht gegen Liebert und Kieburg, kann aber bestimmte Tatsachen nicht angeben.

Betriebsratsmitglied Fräulein Witte gibt als ihre Überzeugung wieder, daß der Prokurist Liebert der RWG von vornherein in unläuterer Beziehungen zu den Sklareks gestanden habe. Daß die Sklareks bei der Übernahme der RWG geschädigt worden seien, sei ganz ausgeschlossen; es seien ja ihre eigenen Waren gewesen, sie hätten die RWG so eingeschoben. (Heiterkeit.)

Obermagistratsrat Clementy bestreitet, daß er bei der letzten Revision des Kontos Sklarek kurz vor der Aufdeckung verfuhr habe, die Revisionsbeamten zugunsten der Sklareks zu beeinflussen. Er habe nur im Interesse der Stadt gebeten, von etwaigen Entdeckungen zunächst den Kammerer zu informieren.

Auf dieselbe Fragen aus dem Ausschuss erklärt Clementy, daß infolge der dauernd wachsenden Ueberarbeitung der Referenten die Referatsgrenzen im Magistrat sehr flüchtig seien. Auf weiteres Befragen gibt er an, er habe durch Stadtbankdirektor Hoffmann die Sklareks, insbesondere Leo Sklarek, kennen gelernt und mit ihnen verkehrt. Irgendwelche Zuwendungen seien niemals angeboten worden, ebensowenig seien ihm irgendwelche Zumutungen gestellt worden.

Es folgt sodann die Vernehmung des

Verkehrsdirektors Brolat:

Ich bin fünf Jahre vier Monate Direktor der Berliner Brennstoff-Gesellschaft gewesen. Ich gebe mit Stolz ihrer beispiellosen Aufwärtsentwicklung und der Zusammenarbeit mit der gesamten Belegschaft. Im Jahre 1928 habe ich die

Errichtung eines Wogenendhelms in Wilhelmshagen veranlaßt. Dieses wurde von den Revisionsbeamten

beanstandet. Auf Veranlassung des Geschäftsführers Schüge und eines Prokuristen der Brennstoff-Gesellschaft begab ich mich deshalb am 20. September zum Leiter der zuständigen Revisionsabteilung, Obermagistratsrat Brandis. Ich habe dreiviertel Stunden mit ihm verhandelt. Aber er blieb dabei, daß die Errichtung eines Wogenendhelms aus dem Aufgabebereich der Brennstoff-Gesellschaft herausfalle. Er fragte dabei allgemein über die städtischen Gesellschaften. Ich legte ihm die besonders großen Erfolge der Brennstoff-Gesellschaft dar und verwies ihn auch auf die Tüchtigkeit des Anschaffungsamtes unter Leitung des Obermagistratsrats Schallbach. Ich bemerkte dabei, daß ich als Stadtmagistratsrat niemals etwas zu tun gehabt habe. Ich habe auch niemals in irgendeinem Ausschuss oder irgendeiner Körperschaft gesessen, die mit Sklarek-Geschäften irgend etwas zu tun gehabt hat.

Als ich mich aber mit Obermagistratsrat Brandis über die Anschaffungs-Gesellschaft unterhielt, kamen wir auch auf die Sklareks zu sprechen, und dabei sagte ich, die Sklareks seien aus dem Rahmen dessen heraus, was man sich sonst gewöhnlich unter Juden vorstellt. (Große Heiterkeit.) Sie hätten Christinnen zur Frau und öffen gern. Außerdem seien es wohl sehr tüchtige Geschäftsleute. Ich regte dann noch an, er solle sich einmal selber den Betrieb dort ansehen, aber er meinte, das wäre wohl kaum passend, und ich stimmte ihm darin bei. Wir verabredeten uns von einander mit der Verabredung, demnächst gemeinsam nach Wilhelmshagen zu fahren.

Der Untersuchungsrichter, Oberregierungsrat Tapofft, hat mir darüber hinaus vorgehalten, ich hätte zu Obermagistratsrat Brandis gesagt: die Sklareks seien wichtige Gönner des Reichsamters. Das ist un wahr. Ich stehe 23 Jahre mitten in den freien Gewerkschaften und in der Partei. Wer kann mir als einem erfahrenen Politiker den Wahn zutrauen, ausgerechnet Herrn Brandis solche Bestände zu machen, der zwar ein sehr ehrenhafter Beamter ist, aber unermüdlich aufpaßt, wo er den Republikanern in der Stadtverwaltung ein Bein stellen kann!

Ich bin auch nicht etwa auf Wunsch der Sklareks zu Brandis gegangen; den Namen haben mir die Sklareks nie genannt. Ich habe keine Ahnung davon gehabt, daß eine Revision des Kontos Sklarek überhaupt stattfand. Erst am 23. September 1929 habe ich zufällig in einem Gespräch mit meinem Freunde Mühlmann überhaupt davon gehört, daß die Sklareks einen Zehnmillionentredit bei der Stadtbank hatten. Am 25. September 1929 war Stadtbankdirektor Hoffmann bei mir im Amt, weil er bei der RWG zu tun gehabt hatte. Wir haben kein Wort über die Sklareks gesprochen. Hätte ich etwas von der Revision auch nur gehört, hätte ich ihn ganz selbstverständlich danach gefragt. Am 26. September, 10 Uhr vormittags, teilte mir Frau Leo Sklarek mit, ihr Mann sei verhaftet. Ich hatte keine Ahnung weshalb; ich bildete mir ein, er hätte im Sauf Dummheiten gemacht. (Heiterkeit.) Ich habe den Polizeivizepräsidenten Weiß angerufen und ihn gefragt, was los sei, und er hat mir geantwortet, er könne leider keine Auskunft geben.

Berichterstatter Abg. Koennede (Dnat.): Haben Sie mit Obermagistratsrat Brandis über die Zahlungsfähigkeit der Sklareks gesprochen?

Zeuge Brolat: Ich habe mit ihm über die Sklareks kein Wort weiter gesprochen, als das was ich angegeben habe.

Koennede: In welchen Beziehungen stand die Brennstoff-Gesellschaft zu den Sklareks?

Brolat: Ich bin von Stadtrat Schüring an die Sklareks empfohlen worden und

habe sie seit 8. Februar 1926 mit Kohlen beliefert.

Sie haben denselben Preis bezahlt wie alle anderen Großabnehmer. Auf Verlangen des Betriebsrats habe ich ferner mit der Firma Sklarek einen Vertrag abgeschlossen, wonach das Personal der Brennstoff-Gesellschaft, soweit es länger als ein Jahr bei uns beschäftigt war, Waren bis zu 150 Mark bei der RWG auf Rechnung der Brennstoff-Gesellschaft kaufen konnte. Wir zahlten den Betrag und zogen wöchentlich 5 Mark ab. Die Arbeiter erhielten 10 Proz. Nachschuß auf die ausgedehnten Preise und 2 Proz. Provision. Jeder Arbeiter der Brennstoff-Gesellschaft, der bei der RWG kaufte, mußte uns einen Fragebogen beantworten, wie er mit Bedienung

und Befragung zufrieden gewesen sei. Sämtliche Fragebogen lauten uneingeschränkt günstig mit Ausnahme einer einzigen Klage über zu hohen Preis für Lackstoffe. (Heiterkeit.) Der Umsatz mit den Stakrets beträgt im ganzen 12.000 Mark. Eine Zustujt der Dresdner Bank, die ich im Jahre 1928 eingeholt habe, bezeichnet die Stakrets als sehr vermögand und in jeder Beziehung empfehlenswert. Ich übergebe sämtliche Unterlagen über den Geschäftsverkehr zwischen Brennstoff-Gesellschaft und Stakrets dem Ausschuss zur gest. Verfügung.

Vorstehender Schwenk: Weitere Frage an den Herrn Zeugen werden nicht gestellt. (Große Bewegung.) Der Zeuge ist entlassen. Es wird dann

Oberbürgermeister Böß

vernennen, der eine Uebersicht über die Entwicklung der AB. gibt. Es sei ihm völlig unverständlich, wie Beamte und besonders Magistratsmitglieder die Stakret-Verträge hinter dem Rücken des Magistrats hätten abschließen können. Er habe entgegen der Aussage des Obermagistratsrats Schallbach davon keine Ahnung gehabt; sonst hätte er sofort auf Grund der Städteordnung eingegriffen. Auch mit dem 300.000-Mark-Darlehen an die Stakrets sei er persönlich nicht befaßt worden, er hätte sonst die Stadtverordnetenversammlung mitbeschließen lassen. Von den Krediten der Stakrets bei der Stadtbank habe er keine Ahnung gehabt. Im Jahre 1925 habe Handelsminister Dr. Schreiber ihn gebeten, auf die Kreditgarantie der Stadtbank aufzupassen. Er habe zusammen mit dem Kammerer Karding eine genaue Kontrolle organisiert. (Böß gibt die entsprechenden Aktennotizen und Verfügungen vor.) Mit Entsetzen habe er jetzt erfahren, daß seit dem Amtsantritt des neuen Kammerers die angeordneten Kreditüberprüfungen nicht mehr eingeleitet worden seien.

Die Bernehmung des Oberbürgermeisters wird am Donnerstag fortgesetzt.

Am Freitag soll Obermagistratsrat Brandis in Gegenwart von Brolat vernommen werden.

Haag am 3. Januar.

Offizielle Mitteilung Jaspars an die holländische Regierung

Haag, 4. Dezember.

Die niederländische Regierung hat nunmehr vom Präsidenten der Haager Konferenz Jaspars, die Mitteilung erhalten, daß man beabsichtigt, die zweite Haager Konferenz am 3. Januar im Haag beginnen zu lassen.

Ein Fragebogen an Briand.

Paris, 4. Dezember. (Eigenbericht.)

Die Auswärtige Kommission der Kammer hat am Mittwoch beschlossen, einen Fragebogen über die Politik der Versöhnung zwischen Frankreich und Deutschland an den Außenminister Briand zu richten. Die hauptsächlichsten Fragen beziehen sich auf das Regime der internationalen Reparationsbank sowie auf die Begriffserklärung, die die Regierung der „Mobilisierung der deutschen Schuld“ geben werde. Vor allen Dingen wünscht die Kommission zu wissen, ob die französische Regierung sich damit zufrieden gibt, wenn Deutschland die Bons zur Deckung seiner Schuld der internationalen Reparationsbank übergeben hat.

Der Wille der Saarbevölkerung.

Saarbrücken, 4. Dezember.

In der heutigen Sitzung des Bundesrats gab der Zentrumsabgeordnete Deucher für alle Parteien mit Ausnahme der beiden kommunistischen eine Erklärung ab, in der der Beginn der Saarverhandlungen begrüßt und die dringende Erwartung ausgesprochen wird, daß diese Verhandlungen, dem einmütigen Willen der Bevölkerung entsprechend, bald zu einem positiven Ergebnis führen werden. Die Erklärung rief dann nochmals die Hauptforderung der Bevölkerung des Saargebietes in unzweideutiger Form zusammen:

1. Das ganze Saargebiet muß ohne jede Schmälerung zurück zum Deutschen Reiche.
 2. Alle Gruben und Kohlenvorkommen müssen dem preußischen und sächsischen Staat zurückgegeben werden.
 3. Eine Beteiligung inländischer oder ausländischer Privatkapitals an den Gruben des Saargebietes muß ausgeschlossen bleiben.
 4. Die Stichbahnen der ehemaligen Reichsbahn Elsaß-Lothringens müssen zurück in den Besitz des Deutschen Reiches.
- Der Bundesrat fordert, daß die Rückgabebedingungen so gestaltet werden, daß sowohl die Lebensmöglichkeit der Gruben und der übrigen Wirtschaft als auch die der ganzen Saarbevölkerung vollumfänglich gewahrt wird. Der einmütige Wille der ganzen Saarbevölkerung ist es, daß nur gemäß diesen Forderungen die frühere Wiedervereinigung des Saargebietes mit dem Reiche erfolgen darf.
- Die beiden kommunistischen Parteien gaben ebenfalls eine Erklärung ab, wobei bemerkenswert ist, daß die der kommunistischen Opposition ebenfalls mit den Worten beginnt, daß das Saargebiet ungeschmäliert zum Deutschen Reiche zurück muß.

Eugen Diehgen gestorben.

Von Zürich kommt die betrübende Nachricht, daß Eugen Diehgen dort gestorben ist. Er hatte sich die große Lebensaufgabe gestellt, die originellen Gedanken seines Vaters Josef Diehgen, den einmal Karl Marx als „unseren Philosophen“ bezeichnete, dem Bewußtsein der aufstrebenden Arbeiterklasse einzuerwecken. Und diese Aufgabe hat er im vollen Umfange erfüllt. Heute haben die Ideen Josef Diehgens in vielen Köpfen philosophisch geschulter Arbeiter Form und Gestalt angenommen. In drei starken Bänden gab er die gesammelten Schriften Josef Diehgens heraus und leitete sie durch eine vortreffliche Biographie ein.

Seine eigenen selbständigen Schriften strebten eine Revision einiger nach seiner Ansicht veralteten Parteipositionen an. Seine bekannteste Schrift führte den Titel: Kapitalismus und Sozialismus nach marxistischer Orientierung. Er glaubte theoretisch feststellen zu können, daß wir jetzt einem „Gemeinschaftskapitalismus“ zuleuern.

Eugen Diehgen stand in enger Fühlung mit den hervorragenden sozialistischen Arbeiterführern der alten und neuen Welt: mit Bebel, Liebknecht, Schüller, Louis Berger usw. Er war ein selbstiger Förderer des wissenschaftlichen Ausbaus des demokratischen Sozialismus.

Im Haushaltsauschuss des österreichischen Nationalrats, der sich jetzt mit dem Staatshaushalt befaßt, wurde am Mittwoch bei der Beratung des Etats des Justizministeriums ein sozialdemokratischer Antrag auf Angleichung des österreichischen Erbschaftes an das deutsche mit 13 gegen 13 Stimmen abgelehnt.

Ursache

Wirkung!



Hugenberg: „Raus mit der Opposition aus der DNVP!“



„O verdammt, diese Folgen hatt' ich nicht berechnet!“

Der Reichstagsanbau.

Ausstellung der Entwürfe im Reichstag.

Im Reichstag waren die 17 Entwürfe des Bureau-Anbaues zwischen Hindenburgstraße und Reichstagsufer aufgestellt; in nächster Woche sollen sie der Öffentlichkeit vorgeführt werden. Die drei zur engsten Wahl gestellten Entwürfe sind durchaus annehmbar. Das Erfreuliche ist überhaupt, daß mit einer Ausnahme sämtliche Architekten sich auf die schlichtesten und sachlichsten Bureauformen besonnen und die moderne Bauform mit flachem Dach und Horizontalbetonung angewendet haben. Man darf darin wohl weniger einen Triumph der modernen Architektur oder der Presselampagne bei früherer Gelegenheit sehen als den Zwang der Umstände. Der gewalttätige Barock des Reichstagsbaues duldet nichts anderes als sachgemäße Unterordnung von Anbauten, die formal so beschaffen sein müssen, daß sie ihm zur Folie dienen. Darüber kommt eben niemand hinweg, der nicht den Mut hat, dieses wilhelminische Ungesim von der Erde zu rasieren. Und dazu sind wir mindestens nicht reich genug.

Die persönlichste Leistung ist unbestreitbar die von Boezig. Leider ist sein geistreicher Grundriß ebensowenig wie die herrliche Raffigkeit von 13 Geschossen anders zu werten, denn als eine nicht tragbare Konkurrenz zum Ballotbau. Es zeigt sich, daß für diesen Anbau, der zudem durch eine Straßenüberbrückung mit dem Reichstag zu verbinden ist, eine vorläufige, handgezeichnete „Uf als eine starke Persönlichkeit. Aber auch die beigegebene Lösung des Reichstagsforums: neun Kiefernbauten von Ministerien, radial angeordnet in dem großen Halbkreis des Spreebogens, mit der Achse zum Humboldthofen hin, selbst an derselben Großformigkeit, die den Reichstag vollends in die tote Ecke spielen würde.

Auch in diesem durchaus nicht zum eigentlichen Wettbewerb gehörenden Punkte waren sich alle Entwürfe einig: sie haben der Notwendigkeit nachgegeben, den Platz der Republik in ihre Planung einzubeziehen; eine Forderung, die zuerst Mäcker aufgestellt und Hering am günstigsten erfüllt hat. Die meisten folgen der härtigen Idee: der West-Ost-Achse, die sich auf den Reichstag bezieht

und allerdings hier bei der Kroll-Oper endet (was sie keineswegs muß). Die beigegebenen Grundriß- und Ausbaupläne folgen fast durchweg der gleichen Idee formaler Unterordnung und Raumbeziehung auf den Ballotbau. Die Gefahr, daß der zunächst in Betracht gezogene Bureauanbau ein Hindernis für das Forum werden könnte, scheint nach diesen Erfahrungen nicht mehr zu bestehen.

Zwei Dinge stören noch bei vielen Entwürfen: die Frage der Ueberbrückung, d. h. also das Aneinanderstoßen schlichter Sachbauten an die pathetischen Formen Wallots, und die Höhe des Anbaues. Biersch sind vier- bis sechsgeschossige Brücken geplant; es ist aber nicht einzusehen, warum ein sehr viel weniger störender zweigeschossiger Uebergang nicht möglich sein sollte; und im übrigen kann die Formdifferenz durch geschickte Material- und Farbenwahl sehr gemildert werden. Durchaus zu verwerfen aber wären Turmbauten bis zu 16 Stockwerken, die dem Reichstagsbau fast zu heftige Konkurrenz machen, wie es z. B. neben Boezig noch Wilhelm Kreis, Straumer, Bestelmeyer, Schmidt-Henner und Soebell planen. Der Raumbedarf des Reichstags wäre unbedingt in horizontaler Ausdehnung zu befriedigen, wie sie am glücklichsten A. Tiedemann (mit erstaunlicher Annäherung an Lessenowsche Formen), Peter Behrens und auch zwei der in „engster Wahl“ genommene Entwürfe durchführen: Fabrenkamp & Fries und Hofzbauer & Stamm, die wohl den nächst Tiedemanns einwandfreiesten Plan geliefert haben. Den letzten Ausschlag wird hier doch wohl die beste Grundrißlösung geben. Zu wünschen aber wäre, daß man von Seiten der Auftraggeber neben diesem ihnen am nächsten liegenden Gesichtspunkt darauf achte, daß der Anbau niedrig genug gehalten werde, um dem Reichstagsbau nicht zu schaden; daß der große Plan eines künftigen Ministerialforums nicht verbaut werde, und daß die architektonische Durchführung, vor allem auch der Ueberbrückung, in den zurückhaltenden und sachlichen Formen geschehe, die erfreulicherweise hier dominieren.

Dr. Paul F. Schmidt.

Sozialistische Studenten.

Verbandstag vom 13. bis 15. Dezember.

Der Verband Sozialistischer Studentengruppen Deutschlands und Österreichs hält vom 13. bis 15. Dezember in den Räumen des Reichswirtschaftsrates zu Berlin seinen Verbandstag ab. Die Tagung, die sich außer mit organisatorischen Fragen vorzugsweise mit dem Problem der Hochschulreform und der gegenwärtigen politischen Lage an den reichsdeutschen und österreichischen Hochschulen beschäftigen soll, wird am Freitag dem 13. Dezember, nachmittags 5 Uhr, im Plenarsaal des Reichswirtschaftsrates durch einen offiziellen Begrüßungsakt und die anschließende Eröffnung des Arbeitsberichts im Beisein einer Reihe geladener Gäste eröffnet.

Der Verband ist mit seinen über 3500 Mitgliedern und seinen Ortsgruppen an nahezu allen Universitäten des Reiches die stärkste republikanische und wohl zugleich die stärkste politische Studentenorganisation überhaupt geworden.

Ludendorff und Großmüsti.

Beide glauben an die Weisen von Zion.

Jerusalem, 3. Dezember.

Der Großmüsti der Arober erklärte vor der Untersuchungskommission, er glaube an die Echtheit der „Protokolle der Weisen von Zion“. Als Beweis für die jüdischen Aspirationen auf das Tempelgebiet führte der Müsti die Misrachbilder (Bilder mit biblischen Legten, die die Juden auf der Gebetsrichtungswand aufhängen), einen angeblichen Ausspruch Bords Melchettis, daß er sein Leben dem Wiederaufbau des Tempels widmen wolle — der Müsti sagte, er glaube nicht, daß Melchettis Worte nur symbolisch gemeint waren —, ferner Albert Einsteins angebliche Erklärung, daß das Judentum ohne Tempel wie ein Körper ohne Kopf sei, an. (Einstein hat diese vom Müsti schon einmal in einem Interview aufgestellte Behauptung als eine bemußt ausgesprochene Lüge erklärt.) Der Müsti wies auch auf den Züricher Zionistenkongress gehaltene Ansprachen hin, monach die Beibehaltung des status quo den Juden nicht genüge.

Runtius Pacelli wird abberufen.

Bedorfschende Ernennung zum Kardinal.

Rom, 4. Dezember.

Das „Osservatore Romano“ meldet Monsignore Pacelli habe bei seiner in diesen Tagen erfolgten Rückkehr nach Berlin sein Abberufungsschreiben vom Posten des Apostolischen

Runtius in Berlin mitgebracht, weil ihn der Papst im nächsten Konfistorium zum Kardinal erheben werde. Ueber seinen Nachfolger ist bisher in der Öffentlichkeit noch nichts bekannt geworden.

Die „edlen Lords“ rebellieren.

Gegen die Anerkennung Sowjetrußlands.

London, 4. Dezember.

Der von Lord Birkenhead heute nachmittag im Oberhaus eingebrachte Antrag, der die diplomatische Anerkennung der Sowjetregierung im gegenwärtigen Zeitpunkt für unerwünscht erklärt, wurde nach längerer Aussprache mit 43 gegen 21 Stimmen angenommen. (Solche Meinungsäußerungen des nicht gewählten Oberhauses ziehen zwar keine politischen Konsequenzen nach sich, Stimmungsmäßig sind sie, wenn sie sich allzu häufig wiederholen — und es ist dies der zweite Fall dieser Art in drei Tagen — für die Regierung unbecquem. Red.)

Vor der Ueberreichung der Beglaubigungsschreiben.

London, 4. Dezember. (Eigenbericht.)

Der seit drei Wochen verzögerte Botchafteraustausch zwischen Großbritannien und Sowjetrußland wird im Laufe der kommenden Woche stattfinden. Der britische Botchafter Sir Edmond Dvey wird mit seinem diplomatischen Stab am Dienstag in Moskau, der russische Botchafter Sokolnikoff mit seinen Botchaftersekretären am gleichen Tage in London eintreffen.

Der amerikanische Kapitalmarkt.

Mißerfolg einer Aktienmission.

Wir haben schon mehrfach Beweise dafür gebracht, daß die amerikanischen Kapitalbesitzer bei der Kapitalanlage festverzinsliche Anleihen bevorzugen. Diese Neigung, die natürlich für die deutsche Kapitalaufnahme in New York wichtig ist, scheint sich noch verstärkt zu haben. Es wird aus New York über den Versuch berichtet, eine Aktienmission aufzulegen, der vollständig gescheitert ist. Die Pennsylvania Railroad Company hat den Aktionären junge Aktien angeboten; die Aktionäre haben aber nur zu 40 Proz. von dem Angebot Gebrauch gemacht. 60 Proz. des Emissionsbetrages mußte das Bankhaus Ruhn, Loeb u. Co., das die Weiterleitung der Aktien an die Aktionäre fest übernommen hatte, in das eigene Portefeuille nehmen, weil die Aktionäre streikten.

Die längste Straßenbrücke.

Unten in der Ostmark, ein gut Stück hinter Küstrin, dehnt sich das Barthebruch, unter viel Mühe und Not, unter ständiger Arbeit und ständigem Bergschleifen der Kultur erschlossen. Schon vor hundert oder hundertundfünfzig Jahren. Aber es lohnte sich trotzdem nicht recht. Das Bruch war wie von der Welt abgeschnitten. Sein Land war unzugänglich, und in den Ueberschwehmungszeiten waren die einzelnen Befestigungen gewissermaßen Inseln für sich. Der Bruchbauer war darauf angewiesen, alles, was er produzierte, in ein landwirtschaftlich gelegenes Hinterland zu bringen, was sich als nicht sehr einträglich erwies. Er war gezwungen, seine Produkte, um bessere Preise zu erzielen, mit der Kleinbahn zu verschicken, und nur selten konnte er sein Waren über die Barthe nach Vieh, einem großen Dorf von etwa 6000 Einwohnern, bringen. In regen- und wasserreichen Jahren, wie 1928, war dies überhaupt unmöglich. Das Bruch ist aber nur fruchtbar, wenn das Wasser abgelaufen ist. Jahrzehnte hindurch wurde der Verkehr zum Bruch durch Fährten vermittelt, was stets mit großen Schwierigkeiten verknüpft war. Wetter und Jahreszeit waren hier meist übelwollende Diktatoren. Eine vor einigen Jahren angestellte statistische Erhebung ergab, daß beispielsweise von den wichtigsten Warthehäfen zwischen Landsberg und Küstrin die Fährten bei Fichtmerder im dreijährigen Durchschnitt an 60 Tagen, die Fährten bei Vieher Ablage an 184 Tagen und die Fährten bei Schwarzssee an 203 Tagen nicht benutzt werden konnten.



Die Fichtmerder Brücke zum Warthebruch.

Es ist bezeichnend, daß während der reichen Jahre des früheren Deutschland niemals die Mittel aufzubringen waren, durch eine Brücke das Warthebruch mit dem Vieher Festland zu verbinden. Erst in der Republik war es möglich, wenn auch unter ganz bedeutenden Opfern, diese Idee zur Ausführung zu bringen. Schon 1923 liefen die ersten Pläne um, und der Streit der Meinungen über die Nützlichkeit des geplanten Bauwerkes begann sich zu entwickeln. Jahre dauerte es noch, bis die Mittel flüssig waren. Dann konnte 1928 mit dem Bau begonnen werden. 16 Monate wurde gearbeitet, die harten Wintermonate fielen natürlich aus, und jetzt konnte die Brücke, an deren Vollendung die Bewohnerschaft der ganzen Gegend mit Begeisterung dem Verkehr übergeben ward. Man hat nicht viel Befens davon gemacht, daß hier in aller Stille die längste Straßenbrücke Deutschlands entstanden ist. Diese ungeheure Strecke erfüllt zum größten Teil auf die sogenannte Flußbrücke von 504 Meter Länge, die den Teil der Riederung überbrückt, der im Frühjahr und Herbst gewöhnlich überschwemmt zu sein pflegt. Die eigentliche Strombrücke, die über die Barthe ihre mächtigen Bogen spannt, ist 140 Meter lang. Zwischen dem Endpunkt der Strombrücke und dem Anfang der Flußbrücke gibt es ein infanteries festgelegtes Stück von etwa 40 Meter. Die Flußbrücke hat zwei Widerlager und 20 Zwischenpfeiler, die Strombrücke zwei Widerlager und zwei Strompfeiler. Die Pfeilerbalken, die die Zwischenpfeiler tragen, die tief in das weiche Erdreich bis zu 9 Meter hineingetrieben sind, bestehen aus Beton, in Blechrohren

verdichtet. Die Fahrbahn ist auf der Brücke 5,20 Meter breit, rechts und links gibt es Fußwege, die den Passanten dienen, die von Fichtmerder, dem Endlagepunkt der Brückenpfeiler auf der Festlandseite, in das Warthebruch hinüber wollen. Entworfen wurde das Bauwerk von Professor Bernhard Berlin, während die Bauleitung das Kreisbauamt innehatte.

Die Opferwilligkeit der Kreisförperschaften der Kreise Landsberg und Oststernberg und der ihnen angehörenden Gemeinden um Fichtmerder, der tätigen Hilfe der Provinzialverwaltung der Provinz Brandenburg, den Staats- und Reichsbehörden ist das Bauwerk zu danken. Wichtigste Aufgabe der neuen Brücke, auf die die Ostmark besonders stolz ist, soll die Vermittlung des Durchgangsverkehrs zwischen Norden und Süden, zwischen Pommern, Brandenburg und Schlesien sein, vor allem aber auch die wirtschaftliche und kulturelle Erschließung zurückliegender Landesteile. Mit den Baukosten in Höhe von 1 200 000 Mark ist diese Aufgabe nicht zu hoch bezahlt.

Die Lotterie der Arbeiterwohlfahrt

Die am 18. und 19. Dezember dieses Jahres Ziehung hat, bringt bei einem Lospreis von nur 50 Pfennig als Höchstgewinn ein eingerichtetes Landhaus. Die Hauptgewinne sind gleichfalls Landhäuser. Weitere Gewinne (insgesamt 146 474 nebst zwei Prämien im Gesamtwert von 800 000 Mk.) sind: Klaviere, Sprechapparate, Küchen, Motorräder, Nähmaschinen, Fahrräder.

Wer es wünscht, kann auch Bargeld bekommen, denn alle Gewinne sind mit 90 Proz. ihres Wertes in bar auszuzahlen.

Die Gewinnchancen sind angesichts des niedrigen Lospreises außergewöhnlich günstig. Die Lottereeinnahmen finden ausschließlich zu Wohlfahrtszwecken Verwendung.

Mord und Versicherungsbetrug

Verhaftung eines angeblich Verbrannten in Straßburg.

Leipzig, 4. Dezember.

Nach einer bei der Leipziger Kriminalpolizei eingegangenen Drahtmeldung ist der in Leipzig wohnende Kaufmann Kurt Teuner, der bei Regensburg angeblich in seinem Auto verbrannt ist, in Straßburg im Elsaß verhaftet worden. Frau Teuner, die durch die Leipziger Kriminalpolizei verhaftet wurde, hat gestanden, daß ihr Mann einen Unbekannten ermordet und mit dem Kraftwagen verbrannt hat. Er wollte dadurch den Anschein erwecken, als ob er selbst verunglückt sei, um auf diese Weise seine Frau in den Genuß einer Unfallversicherung zu bringen, die er vor vier Wochen in Höhe von 142 000 Mark abgeschlossen hatte. Frau Teuner wird nach Regensburg übergeführt, gegen Teuner wird bei der französischen Regierung das Auslieferungsverfahren beantragt werden.

London eifert Berlin nach.

Englisches Lob der öffentlichen Verwaltung.

Verkehrsminister Morrison erklärte im Unterhaus, die Regierung prüfe jetzt die Londoner Verkehrsverhältnisse und sei darüber einig, daß seine Lösung der Verkehrsfrage möglich sei, wenn man die unnütze und unwirtschaftliche Konkurrenz nicht ausschaltete. Die Regierung sei ebenfalls der Meinung, daß die Vereinheitlichung der Verkehrsunternehmen unter öffentlicher Kontrolle wesentlich sei und daß das Interesse des Publikums nur dadurch wahrgenommen werden könne, daß man durch eine einheitliche und einfache öffentliche Verwaltung das bisherige komplizierte Durcheinander der privaten und städtischen Unternehmen ersehe.

Das war' ein Weihnachtsgeschenk.

Im Berliner Kirchenkreis Köpenick-Land II, der einen Teil des südlich der Spree gelegenen Stadtgebietes umfaßt, hat der Soziale Ausschuss den folgenden Beschluß gefaßt:

„Der Soziale Ausschuss hat zur Kenntnis genommen, daß eine Reihe von Betrieben in der Zeit zwischen Weihnachten und Neujahr geschlossen bleiben. Er erkennt keineswegs die wirtschaftlichen Zusammenhänge, die dieser Maßnahme zugrunde liegen, kann aber auf der anderen Seite nicht an der Tatsache stillschweigend vorübergehen, daß die Belegschaft dieser Betriebe eine Woche lang ohne Lohn bleibt, und dies im Weihnachtsmonat, wo die wirtschaftliche Grundlage in den Haushaltungen einer besonderen Sicherstellung bedarf, wenn anders rechte Festesfreude in den Familien auskommen soll. Der Lohnausfall für eine halbe oder ganze Woche bedeutet für viele Kreise der Arbeiterschaft eine ungeheure Härte und ist geeignet, die Festesfreude zu vergraben und soziale Verbitterung in wachsendem Maße in den Betroffenen zu erzeugen. Der Soziale Ausschuss steht daher auf dem Standpunkt, daß in dieser Frage die christlich-menschlichen Erwägungen vor den rein wirtschaftlichen durchaus den Vorrang haben müssen. Er erachtet es als eine Pflicht aller Arbeitgeber, eine Schließung der Betriebe zwischen Weihnachten und Neujahr unter allen Umständen zu vermeiden oder aber, wenn nur irgend möglich, eine Schließung der Betriebe bei voller Lohnzahlung für die letzte Dezemberwoche vorzunehmen.“

Uns wird mitgeteilt, daß im Sozialen Ausschuss dieses Kirchenkreises fünf religiöse Sozialisten sitzen. Auf einen Antrag von ihnen geht diese Beschlusfassung zurück.

Damals

13] Roman von **Kwanheilbut**

Ein Mann und eine Frau gehen vom Bahnhof ins nächste Hotel. Die Frau trägt noch immer das Verhüllte in den Armen. Sie müssen durch eine Wirtsstube hindurch, in der lärmend Soldaten und Huren sitzen. Die Kellnerin schiebt sich mit schlenkernden Gliedern durch den Wirrwarr von Tischen, Tornistern und Körben, Risten und Seemannsfäden hindurch. Die Wirtsstube ist voll von Qualm und Gestank. Vor dem Mann und der Frau, die das Verhüllte trägt, geht der Wirt eine wendelige Treppe hinauf, in der Hand eine Kerze. Er öffnet ein Zimmer, entzündet das Gaslicht und zieht Vorhänge vor. Ein Bett, eine Liege, ein Waschtisch und Bilder. Der Mann und die Frau sehen sich um. Der Wirt geht hinaus.

„Unser Hans!“ sagt die Frau. Sie schlägt das grauwollene Tuch zurück und zeigt ihm sein Kind.

Drei Tage und drei Nächte lebten Hans und Esther zusammen. Er schrieb einen Brief nach Hessen, an seinen Freund, den Regimentskameraden, der Herr eines bedeutenden Gutes und seit längerer Zeit zu Hause war, denn eine Verwundung hatte ihm Urlaub verschafft. Am dritten Abend gingen sie vom Hotel zum Bahnhof hinüber. Esther trug das Verhüllte im Arm. Ihre Trennung war diesmal ohne Tränen, denn nun stand nicht mehr zwischen ihnen der Tod, nein, das Leben, die Hoffnung, würde noch in der Ferne beide mit ruhelofer Freude erfüllen. So reiste Esther nach Hessen voraus.

Aber als Hans dann im Hause seiner Eltern war, von seiner Mutter nicht mit Frage noch mit Vorwurf aber mit tausend Umarmungen besüßelt, da schien es, als wolle sich sein soldatisches Ehrgefühl an jedem Widerstand reiben, der es verletzete.

Er erzählte vom Kriege; alle saßen am Tisch.

„Schweige doch davon,“ sagte plötzlich Albert, „genug ist vom Kriege gesprochen worden, solange er herrschte. Unterhalten wir uns von der Zukunft, vom Frieden.“

Darauf griff Hans ihn wütend an, mit Kränkungen, die sehr persönlich waren. Albert schwieg. Das erhöhte den Druck. Und die Spannung wuchs täglich. Nein, das war kein Frieden! Da faßte der Graf den Entschluß zu reisen, und Hans fuhr mit seinen Eltern nach Hohenau.

Irene blieb also mit Albert allein zurück. Nicht einen einzigen Tag nach seiner Heimkehr hatte er der Entspannung gekonnt. Er ging an die Arbeit, er richtete sich ein. Während des Krieges hatte er seine Kenntnisse theoretisch und praktisch erweitert und vertieft. Vor allem brauchte er nun Apparate. Sie wurden beschafft, und in einem Hause, das mitten im Strudel der wiederbelebten Stadt lag, eröffnete Albert seine ärztliche Praxis. Irene beklagte sich deswegen — sie wünschte, daß er zum mindesten einen Teil seiner Praxis in die eigene Villa verlegte, die ihnen die Sorge des alten de Castro verschafft hatte. Natürlich wünschte sie das der vornehmeren Patientenschaft wegen — aber Albert gab ihr in dieser Forderung nicht nach, seine Absicht entsprang genau dem entgegengekehrten Motiv als die ihre. Er wollte die einfachen Leute, die jungen, durch das Erlebnis des Krieges halt- und steuerlos, religions- und gottlos gewordenen Menschen als Kranke in seiner Behandlung haben, um Wunden zu heilen, die sich tiefer befanden als in Haut und Fleisch. Der Nero der Jugend, die im Wirbel des Chaos treibende Seele, war erschüttert, verletzt. Sie sollten es nicht einmal nötig haben, wenn es ihnen schwierig war, den Besuch bei ihm mit Geld zu bezahlen — er gab ihnen das gleich zum Anfang seiner Behandlung bekannt.

Irene sah aber in dieser seiner Art von Arbeit wieder einen Merkstein, an dem sie die innere Fremdheit zwischen sich und ihm zu erkennen glaubte.

„Unter allen Menschen die ich kenne,“ sagte sie, „ist keiner, von dem ich mir vorstellen könnte, daß er täte, was niemand in aller Welt tut — wie zum Beispiel solch eine Praxis treiben —, keiner, sage ich, außer dir.“

Also: daß er tat, was niemand in aller Welt tut, das war für sie ein Grund, ihn gering zu achten.

„Wie soll ich den jungen Menschen, die meistens existenzlos sind, für den Rat, außer dem ich ihnen manchmal gar nichts zu geben habe, eine Rechnung machen,“ fragte er sie.

„So entferne dein Schild, das die Schuldner auffordert, zu dir zu kommen, vom Eingang des Hauses da. Ueberhaupt, nimm endlich hier im Hause deine Praxis auf! Mir ist nicht

zumut, als wäre ich die Frau eines Arztes Berzeihung, ich könnte ebenso gut die Frau eines Armenpflegers sein.“

„Run, und wenn du es wärest?“ Er sah sie lächelnd an. Sie konnte ihn nur anstarren — auf solche Frage mußte sie keine Antwort.

Und er lebte so weiter, wie er begonnen hatte — er hatte genug, mehr als genug zu tun. Und wenn er sich hätte sehr beschneiden einrichten wollen, so hätte er von dieser Praxis wohl zur Not auch noch leben können. Nein, es ging ihn nicht schlecht. Er war immer voll Mut, und davon blühten seine großen, tiefbraunen Augen und lachten den Leidenden, der zu ihm geflüchtet kam, an. O, dies Leben! Ein junges Mädchen gestand ihm nachher, ihr wäre im ersten Augenblick, als er sie aus dem Wartezimmer in sein Sprechzimmer rief, schon geholfen gewesen. Und das hätte einfach sein Leben getan. Denn da hätte sie wieder an eine helle leuchtende fröhliche Welt geglaubt und darum habe sie auch nicht um den Eingriff gebeten, sondern nur um Rat. Sie war Dienstmädchen von Beruf.

Ja, sie kamen mit ihren Qualen zu ihm, wie sehr gute Bekannte empfing er sie. Da brauchte sich also niemand zu wundern, wenn dieser Arzt viel beschäftigt war. Seine Arbeit entzog ihn so ziemlich dem Familienleben, und das war für Irene wieder ein Grund, sich zu beklagen.

„Wenn du mir helfen wolltest,“ sagte Albert, „wenn wir gemeinsam arbeiten könnten in die diesem Beruf!“

„Wohin willst du zu deiner Rarrheit verfeilen?“ Sie sagte Rarrheit; das verzerrte seinen Mund. — „Du hast andere Pflichten“, rief sie, „genug, und die vernachlässigt du alle.“

Ja, andere Pflichten — Besuche, Repräsentation. Er hatte eigentlich gar nichts dagegen, ihm fehlte nur einfach die Zeit dazu. Er sah am Abend gern in Gesellschaft, aber, um die Wahrheit zu sagen, er sah am liebsten mit den alten Freunden zusammen. In solchen Gesprächen gewann er Klarheit über die Geschehnisse im Leben der Staaten. Mit Irene war solch ein Gespräch unmöglich, und wenn sie einmal das Thema aufnahm, so widersprach sie nur und hing zäh am Älten — so zäh, daß er schweigend, um nichts weiter zu hören. Trotz seinem Beispiel begriff er nichts von den neuen Notwendigkeiten der Zeit! — Sie schlüßte, sagte Albert für sich, sie träumt, ich muß sie vorfristig wecken.

Und da er sie liebte, ermüdete er nicht; jeden Tag begann er neu den Versuch, sie auf seine Seite zu ziehen.

Aber nichts als Klagen gab sie zur Antwort; sie fand ihn lächerlich, schämte sich seiner. (Fortsetzung folgt.)

Walter Appell: Aus Sachsen

Postgeheimnis.

Sie, Herr Postbote, komme mal rein, Sie kennt mir mal ein großes Gefallen duhn.

— Was ist?
Ich habb ein Brief zu schreim.
— Das geht doch mich nicht an.
Was heeßt denn: Das geht mich nicht an? Sinne er nich so ungeschick! Komme er ercht mal rein, ich habb ihn nämlich doch ein Schnabs eingeklemmt. Den wernste mir doch nich abhangeln — Na prost! Drinken 'n nr aus, ich gebb ihn noch een. Se sinn doch ooch off zwee Been hergekomm. Se kenn ooch noch ein kriegen nachher. Wisse, unferrens habb doch so selten mal was zu schreim, da is mr fr jeden gudden Radd dankbar, den mr kriech. Un Sie hamn doch soviel mit Briefen zu duhn.

— Was wollen Sie'n da drmit sagen? Sie wissen wohl garnich, daß mir ä sogenanntes Postgeheimnis hamn?
Ach, deswegen! Wenn ichs ihn'n sag, um was sich handelt, un Sie dähden mir silleicht sagen, wie 's da ungefähr schreim kenne, das habb doch nicht mit Ihn Postgeheimnis zu duhn. Meene: nich ooch?

— Ich weech nich. Egentlich, also richt'g in der Ordnung is das nich. Ich habb mein Dienst zu duhn, un alles andre geht mich nicht an. Das is Bedrausbruch. Da mach ich mich schtrifbar. Nur ich weech schon, so is das mit dem Substitutum. Die hamn ihm keene Ahnung von unsern Dienstvorschriften.

Drinken se nr aus! Aller gudden Dinge sinn dreie. Da is nach siel delme, in der Hölche, de Hauptache is, daß mir mit dem Brief einig wern. Mit Ihn Vorschriften, das werd nich so schlimm sinn.

— Das is noch siel schlimmer. Da gibbts in keen andern Beruf was, was so schdrenge gehandhabt werd wie das mit unsern Postgeheimnis. Weil das Postgeheimnis sozusagen de Grundlage is von unsern ganzen Volkarakter. Komme zum Beispij mal an, ich schreibb Ihn' ener . . .

Das kenne doch andermal erzähl. Hörtense nr wenigstens mal droff: Das handelt sich nämlich um mein Schwager.

— Ja, ich weech, in Raumburg.
Ja, in Raumburg. Woher wissen Sie'n das?

— Ach, das habb ich bloß so vermutet. Dr Mensch habb doch manchmal seine Ahnung. Was dachten dr Si?

R—nich. Ich kann doch fragen. Also — mit dem Brief. Wie kenne 'n da schreim, Der will sich ä Grundschick toofen. Un da weech'r gerne wissen, wie ich da drierwer dent. Das Grundschick is drei Scheffel groß. . . .

— Ich dent, simfe?
Wartense mal, ja richt'g, simfe. Woher Sie das bloß wissen? Also da schdauhn ich fernlich.

— Da gibbts doch nicht zu schdauhn. Simfe is doch seine scheinbare Zahl.

Aur simf Scheffel, un bloß Wald droff, istu das ä Geschäft?
— Ich dent, 's steht ooch ä Bach durch, mit Forelln?

Se, offen gesagt, ich werd mir 'ch bald Angst vor Ihn'. Hamn mir edma schon mal da drierwer geschbrochen?

— Rec. Warum dr?
Nu bloß ja. Also das Grundschick soll kosten, wardense mal, daß 'ch Ihn' nicht Hölches sag. 'S war ja ungefähr . . . na, mo habb ich denn das . . .

— Meen Sie die Karte?
Ja, wo der mir das schreim.

— Da brauchense nich ercht zu suchen. 1300 Mark soll das Grundschick kosten, un daderon soll Ihr Schwager de Hälfte bar bezahln, un das andre soll se de Nacht von denn Forelln gerechert wern. Off zehn Jahre.

Wissenle das genu.
— Da kenne sich off mich irrtallen! Was solche Sachen sinn . . .

Also da schreim ich for enn Rädjel. Woher Sie das bloß alles wissen . . .

— Nu, zedrechen se sich nr nich lange dr Kabb! Ich habb nich soviel Zeit, un ich habb mir die Sache ooch schon reifflich leantriegt. Schreime, zu deier war das an sich nich, suffzhundert Mark, aur mit der Nacht fr die Forelln, da wärn zehn Jahre zu lange. Fünftzig Mark 's Jahr is siel zu wenig. Wo der for 'ges Jahr alleene drei Jentner gefang habb. . . .

— Ich dent, simfe?
Wartense mal, ja richt'g, simfe. Woher Sie das bloß wissen? Also da schdauhn ich fernlich.

— Da gibbts doch nicht zu schdauhn. Simfe is doch seine scheinbare Zahl.

Aur simf Scheffel, un bloß Wald droff, istu das ä Geschäft?
— Ich dent, 's steht ooch ä Bach durch, mit Forelln?

Se, offen gesagt, ich werd mir 'ch bald Angst vor Ihn'. Hamn mir edma schon mal da drierwer geschbrochen?

— Rec. Warum dr?
Nu bloß ja. Also das Grundschick soll kosten, wardense mal, daß 'ch Ihn' nicht Hölches sag. 'S war ja ungefähr . . . na, mo habb ich denn das . . .

— Meen Sie die Karte?
Ja, wo der mir das schreim.

— Da brauchense nich ercht zu suchen. 1300 Mark soll das Grundschick kosten, un daderon soll Ihr Schwager de Hälfte bar bezahln, un das andre soll se de Nacht von denn Forelln gerechert wern. Off zehn Jahre.

Wissenle das genu.
— Da kenne sich off mich irrtallen! Was solche Sachen sinn . . .

Also da schreim ich for enn Rädjel. Woher Sie das bloß alles wissen . . .

— Nu, zedrechen se sich nr nich lange dr Kabb! Ich habb nich soviel Zeit, un ich habb mir die Sache ooch schon reifflich leantriegt. Schreime, zu deier war das an sich nich, suffzhundert Mark, aur mit der Nacht fr die Forelln, da wärn zehn Jahre zu lange. Fünftzig Mark 's Jahr is siel zu wenig. Wo der for 'ges Jahr alleene drei Jentner gefang habb. . . .

— Ich dent, simfe?
Wartense mal, ja richt'g, simfe. Woher Sie das bloß wissen? Also da schdauhn ich fernlich.

— Da gibbts doch nicht zu schdauhn. Simfe is doch seine scheinbare Zahl.

Aur simf Scheffel, un bloß Wald droff, istu das ä Geschäft?
— Ich dent, 's steht ooch ä Bach durch, mit Forelln?

Se, offen gesagt, ich werd mir 'ch bald Angst vor Ihn'. Hamn mir edma schon mal da drierwer geschbrochen?

— Rec. Warum dr?
Nu bloß ja. Also das Grundschick soll kosten, wardense mal, daß 'ch Ihn' nicht Hölches sag. 'S war ja ungefähr . . . na, mo habb ich denn das . . .

— Meen Sie die Karte?
Ja, wo der mir das schreim.

— Da brauchense nich ercht zu suchen. 1300 Mark soll das Grundschick kosten, un daderon soll Ihr Schwager de Hälfte bar bezahln, un das andre soll se de Nacht von denn Forelln gerechert wern. Off zehn Jahre.

Wissenle das genu.
— Da kenne sich off mich irrtallen! Was solche Sachen sinn . . .

Also da schreim ich for enn Rädjel. Woher Sie das bloß alles wissen . . .

— Nu, zedrechen se sich nr nich lange dr Kabb! Ich habb nich soviel Zeit, un ich habb mir die Sache ooch schon reifflich leantriegt. Schreime, zu deier war das an sich nich, suffzhundert Mark, aur mit der Nacht fr die Forelln, da wärn zehn Jahre zu lange. Fünftzig Mark 's Jahr is siel zu wenig. Wo der for 'ges Jahr alleene drei Jentner gefang habb. . . .

woher denn. So gudd wie bei mir hieses lewchaupt nargends, das werfste amr emende ercht einsehn, wenns zu schön is. Boh nr off, mei Rähl, dann bereistes, daß de kein Bieb gewollt hast. Denn kenn ich besser wie du. Bei dem erläbste weider nicht wie Endbeischung, de werfste mirsch wiederlagen. Da kannste heechstens noch herztrant wern von dem Endbeischung', die de kein Bieb erläbste. Das kann een doch richt'g dauern . . . Also de willst nich bei mir bleim? Gans beschtimmt nich, mei Rähl? Hast desch genau lewrtlegt? Rähl! . . . Komme schon wieder mit dem dämlichen Bieb?! Nu rutsch mr'n Budel erunder! Denkste denn, de kannst mich hier fräbberin? Bieb, Bieb, nicht wie Bieb! Wen meenste denn lewchaupt da drmit? 'S is doch oesach nich zum Sagen: so ä kleiner Vogel und so ditznischlich!

Ein sozusagen ernstes Gespräch.

Sie machen amr bedeberte Gesichter. Ihn' is wohl ne Kabe lewren Böch gelooft, wofe zum Bohnhof ging'n?

— Rec. Nur mir komm for Begräbnis.

— Ach ja. Unn da hamme wohl nicht geerbt? Ja, mit dem Reich, da komme midunder laus'ch neinstegen. Ich weech, wo unser Onkel schdarb, das war forn Krieche, da isfes uns genau so gegang. Also 's is nich, daß mr drierwer reden will, amr anschdänd'ch gehandelt war das nich. Wo mir die Nachrich kriegten, was de Trauerbotschaft wor, da hamn mir uns nun alle getreit, un hamn eine gud' Raune gehabbt, um mo mir alle zusamman' bei der Beerzung, da hamn mir nr so geschraht lewrs ganse Gesicht. Glosje, mir hamn tee Word gehert, was der Baster gesagt hat, mir hamn bloß eegel gedacht: himse simmer (sind wir), dreißghaufend hatr gehabbt, un das Haus erga, un da hamn mir nr gerecht un hamn uns alles Reegliche forgenomm. — heechstens, daß mir mal nach unsern Onkel seiner Werbschaffern geguckt hamn, weil die so scheibellig grinsen dacht. . . . nu ja! Je haddes ja ooch gudd gehabbt bei'n, amr so ä Dechter brauchte se drwegen nich offzusehn. Also forz un gudd, un nachher sinn mir in das Trauerhaus, un hamn doch mid einer Begeisterung for unsern gudden Onkel geredt, un hamms garnich erwarten lenn, bis das Defament offemacht wurde. Mir hamn doch richt'g gezittert for Freude. — ja, un heerne nr, was nachher soweid war, da schdellt sich raus, daß mir alle midinander teen Jeng fridten. Habbe der doch weiß Gobb offn Sternebedde noch das Kungunkel geheratet, die Werbschaffern! Unn lee Mensch wuchte was dron. Na, das kenne sich silleicht vorseheln, wies uns zumutde war. Wennier das forher gewischt hadden, da wärn mir doch lewchaupt nich zu der Beerzung gefahrt. Nächstmal 's Jahrged hamme wiedergericht. Sehne, s geht nicht bloß ihn' alleene ja. Treestense sich mit mir!

Das hat doch garnicht mit uns zu duhn. Bei uns war das doch ganz andersch.

— Ja, da kenne ich ooch em Fall. Silleicht marsch so bei ihn' Das hat mir ä Bekander erzähl. Da sinne ooch zu emmer Beerzung gelahrt, un was die Dohde war, das war emme Danke von denn, ä älteres Freilein, die hat off eemal zwee Kinder gehabbt, un die hatte in ihrn letzten Willa ihrn Erben (Erben) ons Herz gelegt. Nu, was hileh den melde lewrig, erboden konntense doch die Bärgein nich, das heest, s wärn schon ziemlich grohe Bärgein, . . . un da hampe sich ihm drierwer erbarmt. Die hamn naderlich ooch ungefähr solche Gesichter gemacht, wofe heemfuden, un se wärn off eemal ä boar mehr geworden.

— Amr heerne doch endlich off! Das fällt een doch off de Nerten. In unfer Schdimmung. Mir brauchen Ruhe.

— Ja, lejt vrichte ich: Sie hamn'n Kabb. Das konntense doch glet sagen. Nur wissense, da kenne ich ihn' ercht Sachen erzähl. Mir hädts manchmal nich fr möglich, wennmer bedentl, bei solchen Anlässen! Da is zum Beispij bei uns mal eens geschdorn, un da sinn nu doch alle zum Begräbnis gekomm, un s halwe Dorf noch drzu. Unn da hamn die doch gedacht: 's beste werde emende sinn, mir schladtens ä Schweur, daß mir alle ladd trichen. Na, un das wissense ja selwer, zu denn fetten Schweinefleisch da gebeert ä richtiger Horter, Schminhöger oder lamas. Unn da hamn die sich ooch nich lumben lassen drmit. Also was me fr Bilder gescha hat, nr solches nich gloom, an andern Marken noch. Die ham doch lewchaupt nicht mehr gewuht, warum se egentlich zusammangetomm wärn. Nu, Sie wissen ja Beschech — so ähnlich scheints ja bei ihn' ooch gewesen zu sinn. Amr de Hauptache is, daß 's schein war, now?

— Sie sinn ä ganz unerschämter Bodrohn! Wennse lejt nich soind schdulle sinn, da zieh mir de Roddremse. Das is doch nich mehr ausschalden mit ihn', wie Sie een hier in unsern Schmerz mit ihren Gemeenheeden beläst'gen. Anschdadd daffe hiffel Küdficht nemm. . . .

Nu heerne bloß off! Wenns ihn' nich häht, hold ich ihn' meine Gusche. Amr das ceite muß'ch drwegen noch sagen: das scheid ja ä komisches hiffel Begräbnis gewesen zu sinn. . . .

Sachsen besoffen.

Unn so wollen mir denn beschließen, diesen unsern Mitberger, der aus Schtein is un den die Loden un die Eierne wallen un der deswegen Wallenschtein heeßt, forausgesetzt, daß es nich Rabohleon is oder Warden Ludder, so wollen mir denn unsern hewen Mitberger dafor, daß er die Hand ausschtrekt un mir also immer wissen, wo der Weg zum Leemen geht, wenn mir aus dem Schwan hinausgeschmissen worden sinn, ja wollen mir denn diesen Wallenschtein, welcher auch Rabohleon sein kann oder . . .

— Herrgodd, was wüßte denn nu egentlich?

— In Leem wollen mir gehn, un keene Forträge anheern! Ruhe! Ditzibihl! Wer is hier de Farstand in unsern Regeltuch? Ich oder ihr, ihr Affen? Un so wollen mir denn, weil an dein Denmal un den dran lauder Regelfugeln liegen, wo sie uns in der Schule ockerdings haben erzählten wollen, es wärn Kanonenfugeln, un mir in unferer kindlichen Unschuld haben es leider auch geglaubt. . . .

— He! Ich bin Beber. Jemeres dr, was de jagst, sonst wöhl ich dich nich wieder!

Also wollen mir diesen Wallenschtein, welcher auch Warden Ludder . . .

— Bleeder Hund! Warden Ludder mit Kanonfugeln, mie schdellst du zu der das for?

Das vrichte ihr nich, wie ich mir das forschtell. Das vrichte bloß forschdändel! Nur wenn ihr mich jeh nich ausreden locht, da kenne ich eier Wege gehn!

— Un du, mein Schag, bleibst hier?
Samohl, un ich schreibe hinaus, un mir beiden, das Denmal un ich, mir sinn dann Rahmes un Julia, oder Rabale un Bieme. . .

— Nach hiffel sig, alder Knochelob, sonst lassen se uns nich mehr nein!

Also wollen mir sig diesen Romeo oder Nafen Rabale . . .

— Holte Kannibale gesagt? Da dächt ich nich nosstledern an deiner Schdelle. Da liegt silleicht morgen frieh bloß de Tollbart unten un lauder abgeknoebelde Knochen.

Ich will doch garnich nosstledern. Ich will den doch bloß . . .

— In Leem wollen mir gehn oder biste noch nich genug abgetueht?

Also jeh schteill ich fest, daß mir der Wallenschtein offn Kabb geschickt hat!

— Das kann doch ooch ä Vogel gewesen sinn. Zum Beispij'el eme Felle!

Nu, jedenfolls marsch naß. Un das dacht mir nich. Das locht ich mir nich gefalln!!! Das habb ich nämlich nich neet'g. Behr' mit in Leem? Also, frisch auf, Kameraden, wecht mal die, die drweile an den Schdulen eingeschlafene sinn. Marsch, marsch, in Leem! Ob der Dingrich da ohm nu bei uns Ehrmittgied is oder nich. Einschdand hätte das ladd'che Luder doch sowieso teen gezähm.

— Warum hast'n uns nu egentlich solange hier offgehalten?

Weil meine Aude noch Nicht habbe. Denkt ihr denn silleicht, die hätte mich nich raffgehoht, wenn die was gemerkt hädde, daß mir noch in Leem gehn?

Eva Broidos: „Wetterleuchten“

Dieses Buch enthält Aufzeichnungen und Erinnerungen einer russischen Sozialistin und ist im Bucherzreis (Berlin) erschienen.

Eva Broidos wurde in den letzten Jahren auch in Deutschland bekannt durch jene Verfolgungen, die ihr die russische bolschewistische Regierung zuteil werden ließ und die sie zwangen, jahrelang die russische Heimat zu meiden. Endlich heimgekehrt, wurde sie ihrer Freiheit beraubt. Augenblicklich liegt sie in einem der zahllosen Gefängnisse des freien, bolschewistischen Regimes. Das Leben dieser Frau rollt sich wie ein Film aufopfernder Arbeit und Hingabe an eine Idee.

In einem kleinen litauischen Judentörfchen verliebte sie ihre Kindheit. Eine Mauer der Gleichgültigkeit umgab diesen entlegenen Erdwinkel und von den draußen erwachenden, wachsenden Gedanken, Vorläufern einer neuen, veränderten Zeit, drangen wenige dorthin.

Der Zufall griff in das Leben der Eltern ein, so daß die Kleine in die Kreisstadt zur Schule geschickt wurde — nicht in die richtige, sondern in die jüdische Elementarschule, die sogenannte „Cheder“, die sich im Hofe der Synagoge befand.

Es war eine verlaufte, ärmende und deprimierende Umgebung und hier empfing das Mädchen die ersten Eindrücke vom Leben. Sie wollte aus dieser Enge heraus und begann mit eifernem Fleiß zu arbeiten. Ohne jegliche Unterstützung von Hause brachte sie sich aus eigener Kraft fort und wurde nach langwierigen Studien Provisorgehilfin in einer Apotheke. Unter den Studenten gab es damals viele Sozialisten, und hier machte sie zum ersten Male Bekanntschaft mit jenen Ideen, die später bestimmend für ihr Leben wurden. Mit Feuerifer gab sie sich der Partiarbeit hin, agitirte, konspirierte, gelangte im Jahre 1901 zum ersten Male in das Petersburger Untersuchungsgefängnis und wurde wegen Verbreitung revolutionärer Flugblätter nach Sibirien verbannt.

Sie ist schon verheiratet und reist in Begleitung von zwei kleinen Kindern. Es folgt die Dual mehrjähriger Verbannung, dann flieht sie, besucht das Ausland, Berlin, Wien und London, und kehrt schließlich zur Partiarbeit nach Baku zurück, wo sie unter den Parteiorganistoren eine Hauptrolle spielt.

Sie gehört Zeitlebens der „menschewistischen“ Richtung an, deren Parteiangehörige mit der „bolschewistischen“ Richtung, die schließlich in Rußland zum Siege gelangte, in einem Widerspruch standen, der sich im Laufe der Jahre ständig verschärfte.

Schlicht und einfach erzählt diese Frau ihr Leben, das von erschütternden Kämpfen, Entbehrungen und Ereignissen höchster Dramatik durchzogen ist. Sie ist keine Dichterin, und die Schilderungen, die in diesem Buche gegeben sind, erreichen selten zwingende Kraft der Gestaltung. Es sind auch Längen da, die ermüden und als nicht unumgänglich nötig gestrichen werden sollten. Aber hinter den Feilen, hinter der einfachen, geraden Ausdrucksform des Erzählens wird unmerklich die schlichte, etwas gebeugte Gestalt (so stelle ich mir sie vor) einer Frau sichtbar, die ihr Leben gepreßt hat für den Sieg einer Sache, deren Opfer schließlich sie selbst geworden ist. Die menschewistische Richtung konnte gegenüber der bolschewistischen in Rußland nicht durchdringen.

Und das alles erzählt sie mit einem selbstverständlichen, lebhaften Klang, wie jemand, der das Große und Schwere gern getan hat und morgen bereit wäre, von neuem zu beginnen. Und das Besondere an diesem Buche ist, daß alles Persönliche in den Hintergrund tritt, und die Verfasserin, eine Frau, es über sich gebracht hat, von diesen Ereignissen, die sich fern von uns, fast ohne Möglichkeit einer Kontrolle abgepielt haben, so zu berichten wie ein einfacher Chronist. Wie ein Schreiber, der so lange über den Tisch gebeugt dagelesen hat, bis er gar nicht mehr weiß wie sein eigenes Anlitz aussieht, wie ein gemeiner Soldat, der nicht General sein will.

Das Buch soll den deutschen Arbeitern zeigen, wie in den letzten Jahrzehnten in Rußland für die Idee des Sozialismus gekämpft worden ist.

Alexander von Sacher-Masoch.

Die wasserreichsten Flüsse der Erde sind der Konga mit 1900 Kubikmeter Wasserzufuhr und der Amazonasstrom, dessen jährliche Wasserzufuhr zwischen 2200 und 3300 Kubikmeter schwankt.

Die heißen Schächte der Welt sind die Goldgrube Morro Velho in Brasilien (2100 Meter), der Anna-Schacht Bribram in Böhmen (1311 Meter), die „Zehde-Bestnoten“ in Ahlen (1088 Meter) und der Schacht „Kaiser Wilhelm“ in Clausthal (946 Meter).

Das erste Panzerschiff wurde von den Koreanern erbaut. Der Koreaner Li Sun-Ein soll sein Schöpfer sein. Mit Hilfe ihrer Panzerschiffe ist es den Koreanern im Jahre 1599 gelungen, die Japaner entscheidend zu schlagen.

Russische Zeitungen. Die Gesamtauflage der Zeitungen in Rußland betrug im Jahre 1928 gegen 2.500.000 im Jahre 1915.

Und weiter Beratungsstelle?

Verstärkte Selbstkontrolle der deutschen Städte.

Die Vorstände des Deutschen und des Preussischen Städtetages haben am 2. und 3. Dezember in Berlin getagt und wichtige Beschlüsse zur Frage der kommunalen Anleihen und zur Kontrolle der kommunalen Wirtschaft gefasst. In einem Kommuniqué des Städtetages wird mitgeteilt, daß die vor kurzem eingeleitete Aktion zur Konsolidierung des kommunalen Kredits erfolgreich fortgeschritten ist. Die Mitwirkung der kleineren Städte, der Landkreise und der Sparkassen sei sichergestellt.

Zu dem ersten und neuerdings durch die Stellungnahme der Unternehmerverbände noch dringlicher und ernster gewordenen

Problem der Beratungsstelle

wurde in aktiver Weise Stellung genommen. Der Deutsche und der Preussische Städtetag begünstigen sich nicht mit dem Protest gegen die Fortdauer der auch vom Enqueteausschuß verurteilten Tätigkeit der Beratungsstelle, sondern versuchen durch Schaffung von Überwachungsorganen bei der Inanspruchnahme neuer Kredite die jetzt eingeleitete Konsolidierungs- und Sparaktion wirksam in der Richtung zu ergänzen, in der die Beratungsstelle bisher tätig war. Es sollen kommunale Kreditausschüsse errichtet werden, und zwar „aus der Initiative und Eigenverantwortung der Selbstverwaltung“. Diese Ausschüsse sollen für die Begutachtung von Schuldscheindarlehen präventiv gebildet werden; sie sollen vor der Entscheidung der zuständigen Aufsichtsorgane die Notwendigkeit der Kreditaufnahme unter Berücksichtigung der Marktlage begutachten. Bisher bestand schon die Genehmigungspflicht staatlicher Stellen; diese Genehmigungspflicht wird durch die Vorschaltung solcher kommunaler Kreditausschüsse wirksam unterstützt.

Einer besonderen Regelung soll die Begebung von Anleihen und von Schuldscheindarlehen über 5 Millionen Mark unterworfen werden. Inhaberanleihen, für die in der Regel nur die größeren Städte in Betracht kommen, sowie Schuldscheindarlehen über 5 Millionen Mark sollen bei Kreditausschüssen behandelt werden, die für Auslandsanleihen beim Deutschen Städtetag selbst, für Inlandsanleihen bei dem zuständigen Landesstädtetag eingerichtet werden.

Wie wir hören, hat der Deutsche Städtetag mit dem Reichsfinanzministerium auf der Grundlage dieser Beschlüsse Verhandlungen aufgenommen mit dem Ziele, die bis zum Ende dieses Jahres provisorisch verlängerte Tätigkeit der Beratungsstelle endgültig abzuhängen. Wir haben immer die Auffassung vertreten, daß die Tätigkeit der Beratungsstelle überflüssig ist. Nachdem die Städte bewiesen haben, daß sie zur Selbstkontrolle bereit sind, daß sie die Konsolidierung ihrer kurzfristigen Schulden ernsthaft in Angriff genommen haben, und nachdem die Städte die mit der Konsolidierung der Schulden zwangsläufig verknüpfte Sparaktion noch durch die Errichtung von Kreditausschüssen unterstreichen, die jede kurz- und langfristige Schuldaufnahme auf ihre Zweckmäßigkeit und Billigkeit zu prüfen haben, sind auch die bisher vielleicht noch bestehenden Bedenken gegen die weitere Tätigkeit der Beratungsstelle weitgehend ausgeräumt. Es liegt jetzt an den amtlichen Stellen und besonders an der Reichsbank, zu erklären, welche Garantien den von den Städten angebotenen Grundlagen der Selbstkontrolle und der Selbstbeschränkung noch hinzuzufügen sind. Jedenfalls ist es unmöglich, noch dem heutigen Stande der Dinge die Tätigkeit der Beratungsstelle einfach fortzubauen zu lassen.

Der Deutsche und der Preussische Städtetag haben auch einen wichtigen Beschluß zur

Kontrolle der öffentlichen Unternehmungen

gefaßt. In dem Beschluß wird zunächst darauf hingewiesen, daß eine große Zahl von Städten bisher schon ausreichende Einrichtungen zur Durchführung einer Rechnungs- und Wirtschaftskontrolle geschaffen haben. Darüber hinaus fordert der Deutsche Städtetag, daß alle Städte ihre gesamte Verwaltung dauernd einer solchen Revision unterziehen. Insbesondere sei die allgemeine Einführung einer laufenden betriebswirtschaftlichen und technisch-wirtschaftlichen Revision der kommunalen Betriebe unerlässlich. Durch Schaffung eigener Revisionsstellen sollen die Städte gewillt, auch auf diesem Gebiet den Grundgedanken der Selbstverwaltung durchzuführen. Plan und Aufbau dieser Revisionsstellen unterliegen zurzeit der Einzelberatung des Wirtschaftsausschusses des Städtetages.

Die Wichtigkeit auch dieses Beschlusses liegt auf der Hand. In ihm kommt nicht nur der Wille zur schärferen Revision der Städteverwaltung und Städtewirtschaft zum Ausdruck, und zwar einer laufenden und dauernden Revision über die bisherige gesetzliche Aufsichts- und Haushaltskontrolle hinaus, sondern es wird auch der organisatorisch neuartige Versuch gemacht, diese Revisions- und Kontrollinstanzen der Selbstverwaltung zentral aufzubauen, womit in der kommunalen Wirtschaft Querverbindungen der Zusammenarbeit und der Kontrolle geschaffen werden, die bisher noch nicht bestanden.

Die Stimmungsmache für die Fortexistenz der Beratungsstelle

ist in den letzten Tagen besonders aktiv geworden. Das geschah nicht zuletzt durch die von uns mehrfach besprochene Denkschrift des Reichsverbandes der Industrie, in der nicht nur die Fortexistenz, sondern auch ein Ausbau der Beratungsstelle in dem Sinne gefordert wurde, daß sämtliche Kreditaktionen der Länder und der Kommunen, gleichviel ob Inlands- oder Auslandsanleihen, gleichviel, ob kurz- oder langfristige Kredite ihrer Kontrolle zu unterwerfen sind.

Vom Standpunkte der Industrie, das heißt des einseitigen privatkapitalistischen Interesses, braucht sich niemand über die Stellungnahme des Reichsverbandes zu wundern. Es ist in den letzten Monaten klar geworden, daß sowohl das Finanzkapital wie das Industriefinanzkapital hinsichtlich der öffentlichen Wirtschaft nur das eine Ziel verfolgen, soviel als möglich von der öffentlichen Wirtschaft wieder in die Hand der privaten Wirtschaft zurückzuführen.

Die gegenwärtige Finanznot in der Staats- und Kommunalwirtschaft ist der Ausgangspunkt, von dem aus die Expansion der Privatwirtschaft auf Kosten der öffentlichen Wirtschaft betrieben wird. Das Finanzkapital erwartet, daß die Fortexistenz der Beratungsstelle, insbesondere eine weitere Ausdehnung ihrer Kompetenzen auf dem gesamten in- und ausländischen, kurz- und langfristigen Kreditbedarf der Gemeinden die Absichten des Privatkapitals wirksam unterstützen wird. Diese Hoffnung ist um so mehr berechtigt, als über den Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht verlautet, er stehe auf dem Standpunkt, daß selbst der Investitions-

bedarf zum Ausbau der eigentlichen kommunalen Versorgungsbetriebe nicht mehr durch Anleihen beschafft werden dürfte, sondern auf dem Wege der Betriebsüberschüsse und der Reservebildung sichergestellt werden müsse!

Die Absichten des Privatkapitals werden freilich auch von einer Presse unterstützt, für deren Billigkeit der „Berliner Börsen-Courier“ von gestern abend ein kaum zu überbietendes Beispiel liefert. Es heißt darin: Der Deutsche Städtetag unternehme mit den von uns oben behandelten Beschlüssen den letzten Versuch, „die allgemeine (!) Stimmung für ein Weiterbestehen und sogar eine Ausdehnung der Befugnisse der Beratungsstelle zu bekämpfen“. Der Städtetag lenke außerdem in auffälliger Weise von der „Forderung nach möglichst radikaler Abstoßung (!) kommunaler Wirtschaftsbetriebe ab und legt sich mit der Forderung nach Abbau der schwebenden Schulden durch Abstoßung von Rinderheitsbeteiligungen an das Ausland (!) überhaupt nicht auseinander“.

Wir kennen die Beziehungen des „Börsen-Couriers“ zum Reichsverband der Deutschen Industrie und auch zum Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht nicht. Es ist aber ungeheuerlich, von einer „allgemeinen Stimmung“ für ein Weiterbestehen der Beratungsstelle zu sprechen. Und es ist vom nationalen Standpunkt ungeheuerlich, daß es dem „Börsen-Courier“ selbstverständlich scheint, daß dem Ausland ohne weiteres sogenannte Rinderheitsbetei-

Durchleuchtete Kohlenwirtschaft

Erhebliche Besserung der Rentabilität.

Im Rahmen der großen Wirtschaftsenquete werden jetzt die Untersuchungen und Erhebungen über den deutschen Kohlenbergbau, die im Jahre 1926 aufgenommen wurden, veröffentlicht.

Die Kohlenförderung in Deutschland ausschließlich des Saargebietes stieg gegenüber einem Förderindex von 100 im Jahre 1913 auf 116,8 Proz. im Jahre 1927 und 117,3 Proz. im vergangenen Jahr. Dagegen stellte sich die Förderung in England nur auf 87,5 bzw. auf 84,2 Proz. im letzten Jahre gegenüber 1913. Die erhebliche Besserung in der deutschen Kohlenwirtschaft kommt in folgender Feststellung zum Ausdruck:

	Oktober 1927	Dezember 1928		
	Kosten	Erträge	Kosten	Erträge
	(in Reichsmark je Tonne)			
Kohle	15,02	14,21	15,29	15,52
Koks	16,08	20,41	18,95	22,26
Brittels	18,28	20,56	17,95	20,56

In den übrigen Reviden ist eine ähnliche Entwicklung festzustellen, wobei die Steigerung der Rentabilität besonders deutlich im Braunkohlenbergbau zum Ausdruck kommt. Der Untersuchungsausschuß stellt fest, daß mit der steigenden Beschäftigung und der damit verbundenen besseren Ausnutzung der Anlagen die Kosten je Einheit der Förderung gesenkt werden konnten. Zugleich hat die günstigere Verfassung des Weltkohlenmarktes im Ausland, wie im Inland nicht unwesentlich höhere Erlöse gebracht.

Die Bedeutung der Rationalisierung in Deutschland zeigt ein Vergleich der Leistungsfähigkeit an der Ruhr mit den übrigen europäischen Kohlenländern. Allerdings ist hierbei festzustellen, daß neben der Rationalisierung auch weitgehend geologische Einflüsse für die Erhöhung der Leistungen ausschlaggebend sind. Der Förderanteil je Kopf und Schicht der Gesamtbelegschaft stellte sich gegenüber 100 Proz. im Jahre 1913 wie folgt:

	1920	1927	1928
Ruhrbezirk	66,9	120,0	128,3
Frankreich	68,3	87,2	93,5
Belgien	91,7	97,9	104,9
England	72,5	102,5	106,2
Polen	—	107,1	113,9

Sehr bedeutsam sind die Erhebungen der Enquete über die Zusammensetzung der Belegschaft. Es ging nach einer Erhebung des Oberbergamts Dortmund Ende 1928 der Anteil der jugendlichen Bergarbeiter bis zum 17. Jahre an der Gesamtbelegschaft von 6,7 Proz. im Jahre 1913 auf 2,89 Proz. zurück. Die Sachverständigen führen diese Erscheinung teils auf die technische Betriebsumstellung, teils aber darauf zurück, daß Kohlenarbeiter in steigendem Maße ihre Söhne in anderen Berufen unterbringen.

Die sozialpolitische Frage im Bergbau ist von dem Ausschuß sehr eingehend behandelt. Die Zahl der Bergbauinvaliden hat sich gegenüber der Vorkriegszeit verdoppelt. Auch die Zahl der Witwen und Waisen ist gestiegen. Als neue Belastungen kamen die Leistungen für Altersinvaliden und für die Kinder von Invaliden hinzu. Der Ausschuß stellt fest, daß das Verhältnis zwischen Leistungsempfängern und den an der Aufrechterhaltung der Leistungen Beteiligten sich zumungunsten der letzteren dauernd verschlechtert, da die Belegschaft sich infolge der Rationalisierung nicht vermehrt. Die Zwangsläufigkeit der sozialen Belastung des Bergbaus, die in der Deffenzlichkeit vor genug rein agitarisch ausgenutzt worden ist, wird durch diese Untersuchungen aufgedeckt. Zugleich zeigen die Feststellungen der Enquete, wie sehr der Verschleiß an Arbeitskraft durch den Krieg, die Hungerjahre und später durch die Rationalisierung zugenommen hat.

In der Frage der Abschreibungen, die sehr eingehend behandelt wurde, wird neben dem eigentlichen Gutachten ein Sondergutachten vorgelegt, das von Soabe, Ballruch, Bernhard, Eggert und Larnow unterzeichnet ist. Die Mitglieder des Ausschusses, die sich sonst dem Gutachten anschließen, kommen in zwei Punkten, den Abschreibungen auf Grundbesitz und Werkwohnungen zu einer anderen Auffassung als die Mehrheit. Abschließend kommt der Enqueteausschuß zu dem Ergebnis, daß sich ein durchschnittlicher Abschreibungssatz praktisch nicht errechnen lasse. Es wurde daher von einer Neuverrechnung von Abschreibungssätzen (nach dem Schmalenbach-Gutachten) abgesehen.

Kaliabfaß im November.

Für 1929 geringer Rückgang.

Die Abladungen der zum Deutschen Kalisyndikat gehörenden Kalimerte im November 1929 betragen 846 703 Doppelzentner Reinkali gegen 824 608 Doppelzentner Reinkali im gleichen Monat

gungen, die immer den entscheidenden Einfluß dem Ausland zuweisen, übertragen werden sollen. Noch im Juli dieses Jahres hat der „Börsen-Courier“ zur Beratungsstelle einen ganz anderen Standpunkt eingenommen und hat geradezu ausgesprochen, daß die Tätigkeit der Beratungsstelle aus den für sie bisher geltend gemachten Gründen überflüssig sei.

Allerdings stand man damals unter dem Eindruck der verneinenden Stellungnahme des Enqueteausschusses zur Tätigkeit der Beratungsstelle, dessen Urteil leider allmählich in Vergessenheit gerät. Der Enqueteausschuß legt in seinem Bericht, daß er es

„nicht für nützlich und wirksam halte, die langfristigen Auslandsanleihen besonderen Hemmungen zu unterwerfen, gleichviel, ob sie zur Befriedigung des Kapitalbedarfs der privaten oder der öffentlichen Wirtschaft aufgenommen werden. Denn eine solche Sonderbehandlung führt in der Regel nur zu Verschleppungen innerhalb der Kreditmärkte und bringt gleichzeitig die Gefahr einer Benachteiligung der Aufnahme kurzfristiger Auslandskredite und die Gefahr einer Kreditverwertung im Inland mit sich“.

Der Enqueteausschuß hat damals festgestellt, daß es sich bei der Beratungsstelle um eine verfehlte Maßnahme handelt, die auf einem verfehlten Grundgedanken aufgebaut ist und die für die deutsche Wirtschaft zu schädlichen Wirkungen geführt hat.

An diese Feststellungen muß heute erinnert werden. Nichts hat sich seitdem geändert, was die Tätigkeit der Beratungsstelle weiterhin rechtfertigen könnte. Wer heute für sie eintritt, muß behaupten, daß der Enqueteausschuß mit seinem Urteil unrecht gehabt hat; diese Beweislast besteht für jedermann, seien es noch so mächtige Interessentenverbände und sei es auch der Reichsbankpräsident.

des Vorjahres. Die Abladungen in den ersten sieben Monaten (Mai bis November) des laufenden Düngejahres betragen 6 468 843 Doppelzentner Reinkali gegen 6 748 498 Doppelzentner Reinkali in den ersten sieben Monaten des Düngejahres 1928/29. In den ersten elf Monaten des laufenden Kalenderjahres wurden von den Kalimerten insgesamt 13 018 294 Doppelzentner Reinkali gegen 13 142 326 Doppelzentner in der gleichen Zeit des Vorjahres versandt.

Wo steht die Wirtschaft?

Die deutsche Zahlungsbilanz für 1929 ist aktiv!

Die Meinungen über den gegenwärtigen Stand der deutschen Wirtschaft und ihre zukünftige Entwicklung sind sehr verschieden. Die Auffassung des amtlichen Konjunkturanalysten ist bekanntlich pessimistisch. Nach ihr zeigt die Entwicklung in der Richtung der Depression. Wir sind dieser Auffassung entgegengetreten, da die meisten Momente, die für eine Depression sprechen können, ebenso gut für einen möglichen Aufstieg sprechen. Insbesondere haben wir festgestellt, daß zumindest die gegenwärtige Lage der deutschen Wirtschaft angesichts der sehr schweren Belastungen, die das Jahr 1929 gebracht hat, nicht ungünstig beurteilt werden darf. Wir konnten kürzlich dafür die Feststellung der Deutschen Bank und Disconto-Gesellschaft beibringen, daß per Saldo im ganzen Jahre 1929 kein Pfennig Auslandskapital nach Deutschland hereingekommen sei, die deutsche Wirtschaft also aus eigener Kraft ihr relativ hohes Produktions- und Absatzniveau im Jahre 1929 beibehalten konnte.

Jetzt bringt die Berliner Handelsgesellschaft in einem Bericht, die Entwicklung der deutschen Zahlungsbilanz im Jahre 1929 ziffernmäßig zu erfassen, einen neuen sehr wichtigen Beweis für unsere Auffassung. Das Jahr 1928 habe unter Hinzuziehung des Handels in Edelmetallen und der Reparationsachtforderungen im deutschen Außenhandel einen Passivsaldo von 1,98 Milliarden gebracht. Es stehe heute schon fest, daß das Jahr 1929 unter Berücksichtigung der gleichen Faktoren einen Aktivsaldo von kaum geringerer Höhe bringen werde, so daß sich die Handelsbilanz in den beiden Jahren 1928 und 1929 insgesamt um nicht viel weniger als 4 Milliarden Mark verbessert habe.

Auf der anderen Seite seien im Jahre 1928 für etwa 1,6 Milliarden Mark Auslandsanleihen nach Deutschland hereingelassen, im Jahre 1929 dagegen bisher noch nicht ganz 600 Millionen Mark. Für die kurzfristige Verschuldung an das Ausland sei es wenig wahrscheinlich, daß sie sich seit Beginn des Jahres 1929 um mehr als 1 Milliarde Mark erhöht haben kann. Die Neuverschuldung betrage also höchstens 1,5 Milliarden Mark. Bei dieser geringen Neuverschuldung habe Deutschland in den ersten 10 Monaten 1929 1,1 Milliarde Reparationszahlungen geleistet. Der Zinsen- und Tilgungsdienst der bis Ende 1928 aufgenommenen Anleihen und kurzfristigen Verpflichtungen, der im Jahre 1928 über eine Milliarde Mark betragen habe (für den Anleiheendienst allein 526 Millionen), sei für 1929 in entsprechender Höhe anzusetzen. Die Rechnung kommt zu dem Schluß, daß Deutschland im Laufe des Jahres 1929 Zahlungen an das Ausland geleistet habe, die über den Gesamtbetrag der im Ausland aufgenommenen Neuverschuldung noch um einige hundert Millionen hinausgehe.

Es ergibt sich daraus die außerordentlich bedeutsame Tatsache, daß die deutsche Zahlungsbilanz im Jahre 1929 zum erstenmal aktiv gewesen ist, und daß Deutschland im Jahre 1929 finanziell auf eigenen Füßen gestanden hat. Angesichts dieser Tatsache ist der Pessimismus über die deutsche Wirtschaftslage und auch über die deutsche Wirtschaftsentwicklung unberechtigt.

Produktionsdrosselung des Stahlartikels

Das Ergebnis der Lütticher Tagung.

Die Internationale Kohlenbergwerksgemeinschaft hat jetzt in Lüttich beschlossen, die schon für November festgesetzte Produktionsdrosselung für den Monat Dezember noch zu verschärfen.

Während im vergangenen Monat die 10prozentige Drosselung sich nur auf das Produktionsprogramm der Kohlenbergwerksgemeinschaft, das jährlich auf 32,3 Millionen Tonnen festgelegt ist, bezog, wird die Einschränkung für diesen Monat auf die Gesamtproduktion der im Kohlenartikell vereinigten Werke angewandt. Da die Gesamtproduktion innerhalb des Kohlenartikels sich auf etwa 30 Millionen Tonnen belaufen dürfte, erhöht sich die tatsächliche Drosselung gegenüber dem Produktionsprogramm auf 13 Proz.

Diese Maßnahmen, die das Kartell seit seinem Bestehen zum erstenmal im vergangenen Monat vorgenommen hatte, haben den Zweck, höhere Preise auf dem Weltmarkt durchzusetzen. Dem gleichen Ziele dienen auch die Beratungen über die Festsetzung von Mindestpreisen für Stobesen.

Republikerschuh und Reichstagsschuh!

Kommunistenspektakel — Massenausweisungen — Verschärfung der Geschäftsordnung.

Der Reichstag begann am Mittwoch nachmittag die erste Beratung des Gesetzes zum Schutze der Republik und zur Befriedung des politischen Lebens in Verbindung mit den Interpellationen der Deutschnationalen über das Stahlhelmverbot im Westen und des Verbots an die Beamten, sich am Hugenberg'schen Volksbegehren zu beteiligen, sowie dem Antrag der Kommunisten gegen das Rot-Front-Verbot.

Abstimmungsanträge der Kommunisten und der Hitlerianer werden abgelehnt.

Abg. Bled (Komm.): Die Regierung scheint ihre Vorlage einer Begründung nicht für Wert zu halten, sonst würde ja zunächst sie sprechen. Das ist ein Ausnahmefall gegen die kommunistische Partei, nur mit Bismarcks Sozialistengesetz zu vergleichen, das Bebel als Schmach und Schande bezeichnet hat. Severing ist der Gendarm der Bourgeoisie, die Sozialdemokraten sind die Henkersknechte gegen die revolutionäre Arbeiterchaft. Severing, Grzesinski und Jürgens schwingen den Gummitüppel des Faschismus gegen die KPD, KfzB. und „milde“ Streikleitungen. Polizei soll wieder jede Versammlung überwachen und auflösen können! In der Vorlage wird sogar Zuchthaus angedroht. (Zuruf der Sozialdemokraten: Für Nord!) Ja, allerdings für Nord, aber Gefängnis bis zu drei Jahren steht drin. (Zuruf der Sozialdemokraten: Von einem Tag an! — Zwei Kommunisten werden für Schimpfwörter gegen Sozialdemokraten zur Ordnung gerufen.) Das frühere Republikerschuhgesetz ist fast ausschließlich zu einer ungeheuerlichen Nachjustiz gegen Kommunisten verwendet worden. Wir aber weisen auf das Gesetz, wie einst die Sozialdemokratie auf das Sozialistengesetz.

Abg. Dr. Goerling (Dnat.): Man gestaltet die Republik zu einem Zuchthausstaat, und Severing vermauert den „freiesten Ausblick“, den Minister David am 1. August 1919 in Weimar dem Gebäude des neuen Staates nahegelegt hat. Sie sagen immer, die Republik sei stabilisiert, warum dann dieses Ausnahmefallgesetz? Die Republik lebt zehn Jahre davon, daß sie gefährdet ist. Unmutsäußerungen, zufällig gebrauchte Worte berechtigten Unmuts hat man bestraft, und selbst den Freisprechungen sind solche Leiden vorausgegangen, daß die Strafe schon vollzogen war. Das ganze System ist faul. Die Korruption ist in der Demokratie ein Wesensmerkmal. (Erregte Gegenrufe links.) Der Schutz der Minister, auch der verstorbenen, ist ein Schutz der Parteifunktionäre, und soll die Kritik mundtot machen. Sie politisieren die Prügelkelle. Für Beschimpfung Barnats kann einer drei Monate Gefängnis bekommen, also ebensoviel wie Barnat, jedoch ohne Bewährungsfrist. Dieser Freiheit ist eine Tarnung! Diese Revolution hat keinen einzigen großen Mann hervorgebracht. (Zuruf links: Außer Ihnen!); was die Staatsmänner nicht können, sollen die Staatsanwälte leisten. Viel kürzer sollte das Gesetz so lauten: „Wer es merkt, daß dieser Staat laui ist, kommt ins Gefängnis, und wer es laugt, ins Zuchthaus.“ (Heiterer Beifall rechts.) Die beste „Befriedung“ wären Konzentrationslager für die Opposition, Befriedung bis zum Friedhof. Ein ettes Demunziantengewerbe ist auf gekommen. (Zuruf links:)

Wer hat Fall von der Republikanischen Beschwerdestelle denunziert?

Ich finde es unbeschwerlich, daß Sie sich in unsere Angelegenheiten einmischen. (Heiterkeit.) Wir wünschen das klare freie Wort (Rufe)

links: Hugenberg!) Die Vorlage ist verfassungswidrig, Opposition ist in der Demokratie notwendig. (Ruf links: Aber ohne Bomben!) Man hat unser Vaterland zu einer Republik degradiert und das Feindgebot über die Verfassung gestellt. Wir wollen keine Diktatur.

Als nun Reichsinnenminister Severing das Wort ergreift, verflucht eine Anzahl Kommunisten, durch dauerndes Geschrei den Minister am Reden zu verhindern. Sowie er ein Wort spricht, brüllen die Kommunisten unausgesetzt die gemeinsten Schimpfwörter, wie „Arbeitermörder“, „Bluthund“, „Henker“, „Achtgroßknecht“ usw. Vizepräsident v. Kardorff, der soeben vom Präsidenten die Ehre den Vorsitz übernommen hat, greift längere Zeit hindurch überhaupt nicht ein, begnügt sich dann mit dauerndem Säuten und gütigem Zuspruch an die Schreier. Ab und zu erteilt er auch einen Ordnungsruf. Einen Augenblick der Ruhe bemußt

Reichsinnenminister Severing

um dem Abg. Bled auf seine Bemerkung zu antworten, daß die Regierung ihre Vorlage offenbar nicht zu begründen für nötig halte. Der Minister erwidert, daß die Vorlage doch ausreichend bemerkt sei, noch Ende Juni über den Schutz der Republik eingehend beraten wurde und das Parlament doch wohl nicht nach dem Worte Friedrich Raumanns eine Halle der Wiederholungen sein wolle. (Die kommunistischen Schreier setzen wieder mit einem Hagel von Schimpfwörtern ein.) Mit Bismarcks Sozialistengesetz kann man die Vorlage selbstverständlich nicht vergleichen. Das Sozialistengesetz richtete sich gegen eine ganz bestimmte Partei und ihre Organisationen, es enthielt ungleich schärfere Bestimmungen, außerdem stand damals der Polizei ein gewaltiges Heer zur Seite, das auch oft genug bei Streiks usw. eingesetzt wurde. Die jetzige Vorlage ist kein Ausnahmefallgesetz und nicht von Solch gegen die kommunistische Partei diktiert. (Gebrüll der Kommunisten.)

Der Unterschied gegen 1878

liegt aber auch darin, daß damals die Opposition aus der Sozialdemokratie bestand, die ganz anders als heute die Radikalen ... Dauerndes Gebrüll überstört Schimpfwörter von der äußersten Linken machen die Fortsetzung der Rede unmöglich.)

Vizepräsident v. Kardorff schließt nun einen der lautesten Schreier aus der heutigen Sitzung aus, da er ihn nicht kennt, bezeichnet er ihn — nach vergeblicher Aufforderung, seinen Namen zu nennen — als „der Schwarze da“. Neues Gebrüll der Kommunisten ist die Antwort, worauf Vizepräsident v. Kardorff die Sitzung auf eine halbe Stunde unterbricht. Nach Verlauf dieser Zeit wird die Sitzung wieder eröffnet, und Vizepräsident v. Kardorff schließt die Kommunisten Jaddasch, Beutler und Pape aus der heutigen Sitzung wegen grober Störung der Ordnung des Hauses aus. Die drei verlassen den Saal jedoch nicht, vielmehr nennt Jaddasch den Vizepräsidenten einen „ollen Ruffknacker“ und ein anderer Kommunist schreit die üblichen Phrasen vom revolutionären Proletariat, das den ganzen Reichstag weglegen werde usw. in den Saal. Vizepräsident v. Kardorff unterbricht darauf die Sitzung wiederum auf eine Viertelstunde.

Bei Wiedereröffnung der Sitzung stellt Vizepräsident v. Kardorff fest, daß die kommunistischen Abgg.

Beutler, Jaddasch und Pape durch Nichtbefolgung der Ausschließung ihren Ausschluß auf 8 Sitzungstage verwickelt

haben. Während die drei Kommunisten den Saal verlassen, schreit Abg. Maddalena (Komm.), daß Severing trotzdem ein Arbeiterhacker sei und wird dafür von der heutigen Sitzung ausgeschlossen. Beim Hinausgehen nennt er den Reichsinnenminister noch einmal einen elenden Arbeiterhacker. Die Kommunisten verlangen schreiend das Wort zur Geschäftsordnung. Abg. Koenen ruft schallend: „Nieder mit dem schändlichen Arbeitermörder Severing!“ (Händeklatschen der Kommunisten.) Koenen wird darauf aus der Sitzung ausgewiesen, bleibt aber im Saal, worauf Vizepräsident v. Kardorff wieder eine kurze Unterbrechung einleitet läßt. Nach Wiedereröffnung stellt der Vizepräsident fest, daß Koenen durch sein Verbleiben den Ausschluß auf acht Tage verwickelt

hat. Koenen folgt auch der neuen Aufforderung, den Saal zu verlassen, nicht, sondern schreit, der Bluthund Severing dürfe nicht zu Worte kommen, und „nieder mit ihm“. (Händeklatschen der Kommunisten.) Neue Unterbrechung der Sitzung.

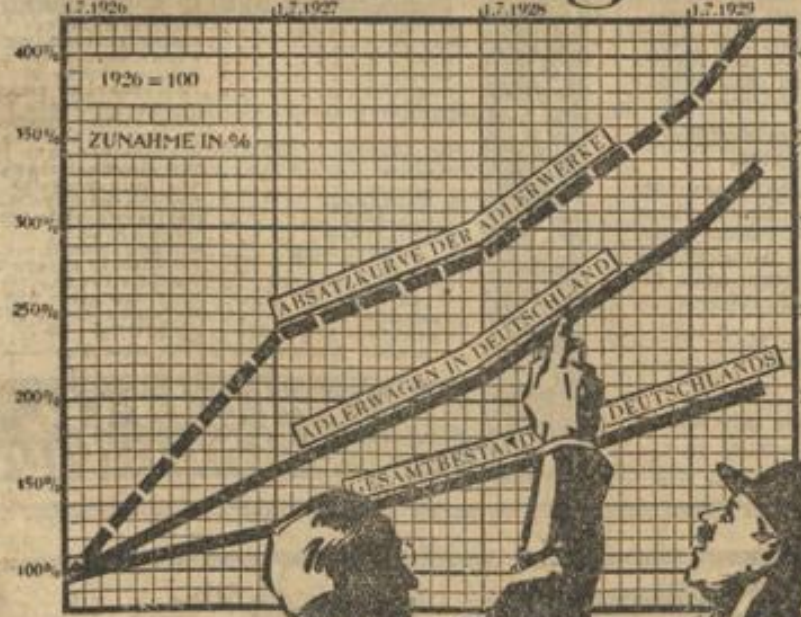
Man erwartet nun, daß Koenen durch Polizeigewalt aus dem Saal entfernt wird. Die Kommunisten vertreiben sich die Zeit durch Beschimpfe auf die Republik, auf die Demokratie usw. und verlassen durch „Rot-Front“-Rufe eine kleine Gruppe Tribünenbesucher, in diesen Ruf einzustimmen. Diese Tribünenbesucher verlassen nach Aufforderung durch Reichstags- und Kriminalbeamte weiterrufend die Tribüne. Bald darauf werden alle Tribünen mit Ausnahme der Presstribüne geräumt. Die Sozialdemokraten und Abgeordnete anderer Fraktionen verlassen ihre Plätze. Die Kommunisten fragen, ob denn Jürgens noch nicht bald komme. Plötzlich steht Koenen auf und verläßt abschiedswinkend mit einigen anderen Kommunisten den Saal unter lebhafter Heiterkeit der Zuschauer an der Saalwand. Darauf ruft der Kommunist Schröter-Werberg den Nachern zu:

„Was wollt Ihr denn, die Tribünen sind ja leer!“

Dieses bezeichnende Eingeständnis, daß der Spektakel nur für die Tribünenbesucher berechnet war, wird entsprechend gewürdigt.

Nach fast einstündiger Pause eröffnet Vizepräsident v. Kardorff die Sitzung wieder. Die Kommunisten schreien und schimpfen, obgleich Vizepräsident v. Kardorff verkündet, daß der Reichsinnenminister nach wie vor das Wort hat, fordern die Kommunisten schreiend das Wort zur Geschäftsordnung. Einer von ihnen hält von der Rednertribüne aus eine Protestrede, die aber im Lärm der anderen Parteien untergeht. Er wird ausgewiesen und geht. Die anderen Kommunisten toben weiter, so daß Vizepräsident v. Kardorff die Sitzung abermals unterbricht. Nach Wiedereröffnung der Sitzung schließt der Vizepräsident die Kom-

Mehr Wagen - Mehr Wohlstand



Hunderttausende schaffender Menschen in Deutschland haben bis heute den Ankauf eines Automobils nur deshalb unterlassen, weil sie sich nicht klar gemacht haben, daß ihnen der Besitz eines Kraftwagens in ihrem Beruf und bei ihrer Arbeit Vorteile bringt, welche die Kosten für Anschaffung und Unterhalt des Automobils mehr als wett machen.

Deutschlands wirtschaftlicher Wiederaufstieg ist nicht zuletzt eine Motorisierungsfrage. — Die Fabrikationsanlagen der deutschen Automobilindustrie sind heute leistungsfähig genug, um den gesamten heimischen Bedarf zu befriedigen und darüber hinaus in steigendem Ausmaß das Exportgeschäft zu pflegen.

Langsam dämmert auch die Erkenntnis, daß es der deutsche Käufer selbst in der Hand hat, zu seinem und seines Vaterlandes Nutzen die Gestehungskosten des deutschen Kraftwagens noch weiter zu senken: indem er überall da, wo ihm zu gleichen Preisen gleiche Qualität geboten wird, dem heimischen Erzeugnis den Vorzug gibt. — Und dann: jedes ausländische Automobil, das in Deutschland eingeführt wird, macht einen deutschen Arbeiter 9 Monate lang erwerbslos!

Eine vollkommene Ausnutzung der Produktions-Kapazität der einzelnen deutschen Werke würde nicht nur die Preise des deutschen Kraftwagens günstig beeinflussen, sondern auch die Fabriken in die Lage versetzen, ihren Qualitäts-Standard über das Weltmarktniveau hinaus zu entwickeln.

Ohne Überhebung, aber immerhin mit verzeihlicher Genugtuung und Freude können die Adlerwerke heute feststellen, daß in der Zeit vom 1. Juli 1926 bis zum 1. November 1929 bei einem Anwachsen des Gesamtbestandes an Automobilen aller Marken um knapp 110% der BESTAND AN ADLERWAGEN um rund 235% zugenommen und die Jahres-Verkaufskurve einen noch steileren Anstieg zu verzeichnen hat. Wir danken allen Freunden unseres Hauses für das uns und unseren Erzeugnissen bewiesene Vertrauen, das den Adlerwerken ein Ansporn sein wird, ihr Programm der Qualität und des wahren Kundendienstes auch weiterhin mit allem Ernst und aller Energie zu verfolgen.



münften Gefühle, Targler, Stöcker und noch zwei andere aus. Hier von ihnen gehen sofort, einer zögert noch, weshalb Kardorff die Sitzung nochmals unterbricht.

Nach etwa 10 Minuten beginnt die Sitzung wieder, jedoch unter dem Vorsitz des Präsidenten Löbe. Als er dem Reichsinnenminister das Wort erteilt, beginnen zur Abwechslung die Kassenrechner zu stören, was sich die Kommunisten natürlich zu neuem Ansporn dienen lassen. Seering beginnt mit den Worten: „Meine Damen und Herren.“ Sofort schreit Abg. Frau Doerlach (Komm.), die Arbeiterfrauen fragen Seering der Ermordung ihrer Männer an. Andere Kommunisten schreien mit.

Der Präsident fordert Frau Doerlach auf, den Saal zu verlassen. Sie geht und mit ihr noch ein Kommunist, während die übrigen weiter brüllen.

Der Minister führt aus: Sie werden nun mit mir nicht erörtern, daß ich auf die Schimpfworte erwidere, die die Kommunisten mir anrufen haben. Eine Ausnahme mache ich mit dem Abg. Roenen. Er hat mich des Arbeitermordes beschuldigt. (Zustimmung der Kommunisten und Rufe „Massefischerei! Mitteldeutscher Zustand!“) Derselbe Abg. Roenen hat nach dem Mitteldeutschen Zustand 1923 mir nichts wiederholt Ritzelungen gemacht, daß in der Nähe von Berlin schwarze Formationen zusammengezogen werden und als angezigt hingestellt, daß die Mittel der preussischen Staatsregierung gegen die rechtsgerichteten Organisationen aufgehoben werden. Demen hat auch wiederholt bezweifelt, ob es der preussischen Polizei gelingen werde, die Oberhand zu gewinnen. (Ein schimpfender Kommunist wird ausgewiesen und geht.)

Der Abg. Pled hat sich darüber beschwert, daß ich als preussischer Innenminister der Bildung proletarischer Kontrollausschüsse und Hundertschaften entgegengetreten bin. Das ist richtig. Aber diese Maßnahmen waren nicht gegen die Arbeiterklasse gerichtet.

Mit ihrem Eingreifen in der damaligen Zeit des Lebensmittelmangels konnten diese Kontrollausschüsse nur den Markt erschweren, die Zufuhren von außen unterbinden, also die allgemeine Bevölkerung nur benachteiligen.

Diese Kontrollausschüsse haben sich auch nur gegen die wirtschaftlich Schwachen gewandt, indem sie zu 5, 7 oder 11 Mann in die Läden eingedrungen sind und die Händler bedroht, aber niemals den Mut gehabt haben, in die Kontors der großen Trusts und Syndikate zu gehen. Die proletarischen Hundertschaften wirkten in der gleichen Linie. Ich habe oft genug gesagt (Abg. Leo [Komm.], „ein Schlächter der Arbeiter zu sein!“ — Leo wird ausgewiesen und geht schimpfend ab.), ich habe immer erklärt, daß im Interesse des Staates und der Staatsordnung nur derjenige Waffen tragen darf, der dazu befugt ist. Die proletarischen Hundertschaften machten sich polizeiliche Befugnisse an, das konnte in einem Rechtsstaat nicht geduldet werden. Diese Einrichtungen haben den Rechtsradikalen das Stichwort für entsprechende Organisationen gegeben. Man hat sich gegenseitig den Ball zugeworfen. (Sehr wahr! bei der Mehrheit.)

Pled sagt, das Gesetz richte sich ausschließlich gegen die Arbeiter und Coerling behauptet, das Gesetz beschränke nur die Meinungsfreiheit der Arbeiter. Diese Behauptungen haben sich gegenseitig auf. (Sehr wahr! links.) Wir leben in einem Rechtsstaat (Widerstand rechts) und müssen auf dem Boden des gleichen Rechtes stehen.

Die Kommunisten haben es selbst in der Hand, Verbote ihrer Zeitungen und Auflösung ihrer Organisationen, an die ich gar nicht denke, zu vermeiden.

Präsident Löbe ersucht den Kommunisten Waslowki, nicht dauernd zu unterbrechen. — Waslowki antwortet: Dann soll Seering nicht so schreien! — Waslowki wird ausgewiesen und geht ab. — Da die Kommunisten andauernd brüllen, macht Präsident Löbe sie darauf aufmerksam, daß er den Vorlesenden des Geschäftsordnungsausschusses ersucht hat, in seiner morgigen Sitzung die Forderung der Ordnungsparagrafen zu beraten und daß er in der morgigen Reichstagsitzung die Beratung dieser Forderung vorschlagen werde. Er ersucht die Kommunisten, sich so zu betragen, daß sie nicht noch größere Nachteile haben.)

Die Kommunisten predigen den Kampf gegen den Faschismus. Auch ich bin ein Gegner des Faschismus, denn für Deutschland kommt eine Diktatur nicht in Betracht, ihre Errichtung wäre ein Unglück für unser Land. Ich bemühe mich aber, diejenigen, die mit faschistischen Gedanken verdingelt,

zu überzeugen von den Nachteilen des Faschismus und den Vorteilen der Weimarer Verfassung.

Die „Rote Fahne“ fordert allerdings zur Mißhandlung der Faschisten auf. Das ist mit einem Rechtsstaat unvereinbar, und gegen jeden Terror muß die Demokratie vorgehen. Sie (zu den Kommunisten) wollen das russische Sozialsystem auf Deutschland übertragen. Eine der jüngsten Bestimmungen der Sowjetregierung befreit die Weigerung eines sowjetischen Auslandsbeamten, auf Befehl heimzukehren, damit, daß er außerhalb des Rechtes gestellt, sein Vermögen konfisziert und er selbst bei seiner Rückkehr erschossen wird. Nach dieser Freiheit lehne ich mich nicht und

die Vollmacht, die der Reichsinnenminister hat, werde ich dazu benutzen, um das Reich vor derartigen Zuständen zu bewahren.

Herr Coerling behauptet, daß dieses Gesetz die Opposition mundtot machen solle. Trauen Sie mir doch nicht solche Halbheiten an! Hätte ich eine solche Absicht, so würde ich ein ganz anderes Gesetz vorlegen. Ich frage den Herrn Coerling, wo ist denn die Opposition, die für die Demokratie eine Rotenbestrafung ist, bei uns in Deutschland? Haben die Deutschnationalen ihre Stimmen in der Außenpolitik zur Unterstützung unserer Unterhändler in die

Wandale geworfen? Hat ihre Presse nicht unausgesetzt ihre Aufgabe darin erblickt, die Republik und ihre verantwortlichen Leiter herabzusetzen? Herr Hugenberg hat in Kassel versucht, den mit der Sozialdemokratie zusammenarbeitenden Parteien diese Arbeit zu vereiteln, obwohl nur durch diese Zusammenarbeit der notwendige Aufbau gesichert werden kann. Eine Opposition, die nur Mißtrauen ist und Verleumdungen verbreitet, nützt dem Lande nicht. (Sehr wahr!) Ich behalte mir vor,

zur weiteren Begründung des Gesetzesentwurfs dem Ausschuss eine Materialsammlung über die antirepublikanischen Ausschreitungen in der Zeit seit Ablauf des Republikenschutzes vorzulegen. Wenn der Stahlhelm nur gelegentlich eine solche Hebung wie im Westen vorgenommen hätte, so wäre er nicht verboten worden.

Herr Coerling hat auch nach den Kosten der Abwehraktion gegen das Volksbegehren gefragt. Die Reichsregierung wird für diese Ausgaben Genehmigung beim Hauptauschuss beantragen. (Beifall.) Im Reichstagshaushalt werden dafür 500 000 M. angefordert. Sehr viel höher sind

die Kosten, die diese sinnlose Aktion dem Reiche auferlegt. Das Volksbegehren kostet mindestens 600 000 M., der Volksentscheid ungefähr 2 1/2 Millionen.

(Stürmisches hört! hört! links und in der Mitte.) Wenn Herr Seide dieser Tage in Darmstadt angekündigt hat, demnächst mit mehreren innerpolitischen Volksbegehren zu kommen, so glaube ich, wird man eine Revision der Reichsstimmordnung vorzunehmen haben, damit für solche leichtsinnigen Aktionen die Verantwortlichen finanziell aufzukommen haben. (Lebhafter Beifall.)

Es gilt nicht nur, die republikanische Staatsform zu schützen, sondern das ganze Land, das ganze Volk gegen den einzelnen Staatsbürger, der sie schädigt. Es soll nicht so weitergehen, wie es in der letzten Zeit gegangen ist, daß durch aufstrebende Anfälligkeiten, wie in dem „Angriff“ des Herrn Goebbels große Versammlungen zustande kommen, in denen unqualifizierbare Beschimpfungen gegen die Republik und ihre verantwortlichen Träger geschleudert werden, so daß dann

die ansperrischen Leute durch die Strafen und jeden Anpöbeln, von dem sie annehmen, daß er nicht gleichen Sinnes ist.

(Geschrei rechts.) Auch darüber werde ich im Ausschuss Material vorlegen; seit dem Fall des Republikenschutzes ist nicht ein Tag vergangen ohne solche Exzesse. Herr Coerling hat mich am Sonntag einen Fanatiker genannt; ich habe mich bisher für einen der dümmsten Menschen gehalten, aber ich nehme diese Bezeichnung als Ehrenkittel an, wenn Herr Coerling mir noch eins tonziedert: Fanatiker — ja,

ein Fanatiker republikanischer Vorkämpfer, das will ich sein und bleiben.

(Stürmisches Beifall der Mehrheit.)

Während der letzten großen Unterbrechung der Sitzung hatten sich die auf acht Tage ausgeschlossenen Kommunisten verbotswidrig im Wandelgang auf der linken aufgehallen und dort in Gemeinschaft mit ihren Genossen die Sozialdemokraten und besonders unsere Parteigenossen in der erbärmlichsten Weise beschimpft. Die Ausschlossenen wurden durch Kriminalbeamte entfernt.

Abg. Dr. Bell (3.) betont, daß von Verfassungswidrigkeit der Vorlage keine Rede sein kann. Das Zentrum behält sich vor, im Ausschuss Verbesserungen zu beantragen.

Abg. Dr. Wunderlich (D. Sp.) bejaht die Notwendigkeit, die Staatsform und die geltende Reichsflagge zu schützen. Die Deutschnationalen haben fernerzeit als erste den Antrag auf Verlängerung des früheren Republikenschutzes unterzeichnet. Unsere Einzelbedenken werden wir im Ausschuss geltend machen.

Abg. Stampfer (Soz.):

Das Verhalten der Kommunisten in der heutigen Sitzung muß doch noch besprochen werden; sie haben den Minister Seering, der aus der Arbeiterklasse hervorgegangen ist, und auf den Stolz zu sein sie alle Urteile hat, in der erbärmlichsten Weise beschimpft. Als ich vor 3 Jahren Schuler an Schuler mit jungen Arbeitern in der sozialistischen Bewegung arbeitete, denen ein Klein wenig gehoffen zu haben, der Stolz meines Lebens ist, da habe ich solche Gestalten, wie die Kommunisten hier, in der Arbeiterjugend nicht erblickt. (Sehr wahr! bei den Soz. — Geschrei der Komm.) Seering hat schon den Vergleich mit dem Sozialistengesetz Bismarcks zurückgewiesen. Wollen Sie (zu den Kommunisten), wie sich die Sozialdemokratische Partei in der Beratung jenes Gesetzes verhalten hat, als das wirkliche Schandgesetz zur Erörterung stand?

Hat die Sozialdemokratie damals so schamlose Szenen aufgeführt, wie Sie heute? Nein, das hat sie nicht getan.

Die Satzungen der Internationalen Arbeiter-Association von 1864 hat den Mitgliedern Wahrheit, Recht und Gerechtigkeit als die Grundlage ihres Betragens untereinander und gegen alle Mitemmenschen ohne Rücksicht auf Farbe, Bekenntnis oder Nationalität vorgeschrieben. Und diese Satzungen hat die Sozialdemokratische Partei unter der Führung August Bebel's auf den verschiedensten Parteitagungen als bindend anerkannt. (Geschrei der Kommunisten.)

Die Debatte hat gezeigt, daß die Freiheit in diesem Hause erfreulich viele Freunde hat, so viele, daß einem Angst und Bangen werden könnte.

Im Namen der Freiheit haben Pled und Coerling gesprochen. Es ist bemerkenswert, daß die Parteien die gegen diese Vorlage auftreten, sich schon einmal positiv zum Republikenschutzes gestellt

haben. Als nach der Ermordung Rathenau eine ungeheure Bewegung durch die Arbeitermassen ging, wurde auch mit den Kommunisten über ein Republikenschutzes verhandelt und sie stellten sich durchaus positiv dazu, allerdings unter der Bedingung, daß das Gesetz nur gegen die Rechtsradikalen und Monarchisten gerichtet werde. (Rufe der Kommunisten: Natürlich!) Sie geben also zu, daß Sie damals für ein Republikenschutzes waren. Ebenso später die Deutschnationalen, deren Minister Reubell und Hergt im Mai 1927 ein Republikenschutzes, das (schärfere Strafbestimmungen hatte und weiter ging, als das vorliegende, hier eingebracht und beschimpft haben. Es wurde ja auch mit der enormen Mehrheit von 331 gegen 41 Stimmen, und zwar mit den Stimmen der Deutschnationalen angenommen. Heute sprechen Sie von Tyrannet, und Herr Coerling ruft nach dem Latzen freien Wort. Als ich diese schönen Worte hörte, kamen mir ein paar faßliche Plätze aus den jüngsten Tagen in Erinnerung, von Deutschnationalen gesprochen und geschrieben, allerdings nicht gegen Seering, sondern gegen Hugenberg. Es sind die bekannten Erklärungen der Abg. Lambach, Hartwig und Hüßer und des Herrn Klönne.

In ihrer Partei verlangen die Deutschnationalen von ihrem Metternich Hugenberg Freiheit und Toleranz und das klare freie deutsche Wort.

Heute äußert sich Herr Coerling in schärfster Weise und in den Tönen der tiefsten Verachtung über den altösterreichischen Minister Metternich. Die Vorläufer der Deutschnationalen von heute haben nicht immer so zu Metternich gestanden. (Sehr wahr! links. Der neu in den Reichstag eingetretene deutschnationale Abg. Reiner ruft dem Redner zu: Wo standen denn Ihre Vorfahren?) Für diese Frage bin ich dankbar. Sie haben auf den Barrikaden gestanden. (Abg. Reiner: Wo?) In Wien 1848 gegen Metternich. (Abg. Reiner: Also in Galizien! Empörte Rufe der Sozialdemokraten. (Abg. Tempel (Soz.), der in härtester Erregung heftige Ausdrücke gegen den Zwischenrufer schleudert, wird vom Präsidenten aufgefordert, den Saal zu verlassen.) Metternich ist geschlagen worden im Zeichen von Schwarzrotgold, der Farben der Deutschen Republik. Diese Farben und diese Republik wollen wir schützen. (Stürmisches Beifall bei den Soz.)

Nach weiteren Reden der Abg. Dr. G. M. M. (Baner. Sp.), Dr. Fric (Komm.), H. H. (Chr. Rat. Sp.) und Pled (Komm.) wird die Vorlage dem Strafrechtsausschuss überwiesen.

Rumrühr wird die Abstimmung zur dritten Beratung des Auslieferungsgesetzes beendet. Präsident Löbe teilt mit, es habe sich nachträglich ergeben, daß bei der vorgestrigen Abstimmung über den § 4 a das Haus doch beschlußfähig war und dieser Paragraph rechtmäßig abgelehnt worden ist. Das Gesetz wird darauf mit den Stimmen der Mehrheitsparteien verabschiedet.

Um 1:10 Uhr abends verläßt sich das Haus auf heute, Donnerstag, 12 Uhr mittags: Genossenschaftsgesetz und Zulassung von Gerichtsverfahren gegen Reichstagsmitglieder, darunter gegen Hugenberg.

Eduard Siesskind

Das Beste meiner Kundschaft

Apfelwein, 688, in	Liter 0.75
Johannisbeer, 688, das Beste	Liter 0.80
Kirsch-, Heidelbeerwein, 688	Liter 1.10
Erdbeerwein, 688, das Beste	Liter 1.45
Tarragon, echt, 688	Liter 1.25
Malaga, echt, 688, gold	Liter 1.60
Pilsener, echt, für Kranke	Liter 1.50
Portwein, echt, das Feinste	Liter 2.50
Wermuth, für Kranke	Liter 1.85
Beste feinste Glühwein	Liter 2.45
Beste weißer Bordenaux, 688	Fl. 1.45
Beste roter Burgunder	Fl. 1.25

Aquaavit 35%	Liter 3.30, Fl. 2.95
Weinbrand Verschnitt	Liter 3.60, Fl. 3.50
Weinbrand, echt, **Stern	Liter 4.40, Fl. 3.40
Liège, das Feinste, bis 38%	Liter 5.20, Fl. 4.05
Jan.-Hum-Verschn., 38%	Liter 4.45, Fl. 3.50
Jan.-Hum-Verschn., 45%	Liter 5.20, Fl. 4.05
Feinstes Weingrog, 40%	Liter 4.60, Fl. 3.60

Größtes Spezialgeschäft seiner Art in ganz Deutschland

Kostproben gratis

Hauptgeschäft: BERLIN N. Brunnenstr. 42

Berlin N.	Müllerstraße 144
Berlin N.	Chausseestraße 76
Berlin N.	Frenzenauer Allee 50
Berlin O.	Koppenstraße 57
Berlin O.	Petersburger Straße 60
Berlin SO.	Grünauer Straße 15
Berlin SW.	Köpenicker Straße 121
Berlin W.	Martin-Luther-Straße 80
Stettin	Schloßstraße 121
Moskau	Wilancker Straße 25
Pankow	Wollankstraße 95
Schöneberg	Kolonnenstraße 5-9
Tempelhof	Berliner Straße 162
Lichtenberg	Wilmersdorf 1
Charlottenburg	Wilmersdorfer Str. 157
Spandau	Potsdamer Straße 23
Oberschöneweide	Wilhelmshofstr. 40
Weidensee	Berliner Allee 247
Neukölln	Hermannstraße 27
Frankfurt a. d. Oder	Richtstraße 72

Proben verstehen sich ohne Glas

Sikorfabrik

Weingrosshandlung

Wer schenken will,

benutze unsere heutigen **Weihnachts-Angebote** mit ihren außerordentlichen Vorteilen in den **vorzüglichen Qualitäten und der beispiellosen Billigkeit.**

Gadriel

Das Haus für grosse Weiten

KÖNIG-STR. 22-26

<p style="font-size: 1.2em;">Reizendes</p> <h3 style="font-size: 1.5em;">Abendkleid</h3> <p style="font-size: 0.8em;">aus vorzüglichem Veloutine-Moiré, ärmellos, mit spitzem Ausschnitt, ungewöhnlich weit geschlitztem Glockenrock in moderner Länge, hinten mit prachtvoller breiter Schleppe mit langer Schärpe, Gürtel mit elegantem Strassverschluss. Dieses bewundernswürdige Kleid kostet, in vielen Farben und allen Größen vorrätig.</p> <h2 style="font-size: 3em;">25.-</h2>	<p style="font-size: 1.2em;">Geschmackvolles</p> <h3 style="font-size: 1.5em;">Wollkleid</h3> <p style="font-size: 0.8em;">aus ausgezeichnetem Rip-Papillon mit schön geschmücktem Kragen, Jabot und Ärmelaufschlägen aus Georgette, modernem weiten Glockenrock. Gürtel. Dieses praktische und vornehme Winterkleid ist in modernen Farben und auch in größten Weiten vorrätig und kostet</p> <h2 style="font-size: 3em;">25.-</h2>	<p style="font-size: 1.2em;">Neuer Eingang von herrlichen</p> <h3 style="font-size: 1.5em;">Herren-Oberhemden</h3> <p style="font-size: 0.8em;">Wandervolle weiße Frack- u. Smoking-Oberhemden mit Manschetten zum Einheitspreis von</p> <h2 style="font-size: 3em;">6.-</h2>	<p style="font-size: 1.2em;">Bildschöne</p> <h3 style="font-size: 1.5em;">Herren-Krawatten</h3> <p style="font-size: 0.8em;">aus reiner schwerer Seide in modernen Mustern und Farbtönen zum Einheitspreise von</p> <h2 style="font-size: 3em;">3.-</h2>	<p style="font-size: 1.2em;">Kostbare</p> <h3 style="font-size: 1.5em;">Damen-Regenschirme</h3> <p style="font-size: 0.8em;">mit Beschügen aus reiner Seide oder Seide mit schönen kunstvollen Effekten, auf 16 teiligen Gestellen, mit den schönsten Griffen zum Einheitspreise von</p> <h2 style="font-size: 3em;">16.-</h2>	<p style="font-size: 1.2em;">An unserem Waschlager finden Sie eine unermessliche Auswahl schöner Fest-Geschenke in</p> <h3 style="font-size: 1.5em;">Leib- und Hauswäsche</h3> <p style="font-size: 0.8em;">Extra weisse Leinwände auch in Seide und Kunstseide.</p> <p style="font-size: 0.8em;">Auf dem Wieserlager für Morgenschuhe nur ein Beispiel:</p> <h3 style="font-size: 1.5em;">Bildschöner Morgenrock</h3> <p style="font-size: 0.8em;">aus molligem Flanell mit reichem Stickerei auf Aermeln, Brust und Rückenfächer, in vielen Farben</p> <h2 style="font-size: 3em;">10.-</h2>
--	--	---	--	--	---

Am 8. Dezember verstarb unser lieber Kollege
Otto Schimmel
 im 64. Lebensjahre.
 Ein altes, treues Verbandsmitglied und lieber Kollege ist von uns gegangen.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Maschinenseiler der Ullstein-A.-G.
 Beerdigung: Sonnabend, nachmittags 2 Uhr, auf dem St. Johannis-Friedhof, Blöhensee.

Am 8. Dezember entfiel samt noch langem, schwerem Leiden meine liebe Mutter, Schwiegermutter, unsere liebe gute Großmutter, Schwester, Tante und Schwägerin, die Pensionärin
Albertine Wieland
 im 75. Lebensjahre.
 In lieber Trauer
 Albert Wieland
 nebst Familie.
 Ein-Friedhof, den 5. Dez. 1920, Wollulsterplatz 81.
 Die Trauerfeier findet Sonnabend, den 7. Dezember, 15 1/2 Uhr, im Krematorium Baumföhrenweg statt.

Verband der Buchbinder und Papierverarbeiter Deutschlands Ortsverwaltung Berlin
Todesanzeige
 Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Buchbinder
Otto Frank
 Breitenhagenstraße 27, verstorben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am Donnerstag, dem 5. Dezember, nachmittags 1 1/2 Uhr, auf dem St. Johannis-Friedhof, Blöhensee, statt.
 Regte Beteiligung erwartet.
 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband Verwaltungsstelle Berlin
Todesanzeigen
 Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Dreher
Willi Chedzinski
 geb. 27. Dezember 1896, am 30. November gestorben ist.
 Die Beerdigung findet am Donnerstag, dem 5. Dezember, 15 1/2 Uhr, von der Beerdigungshalle des Gemeindefriedhofes in Reinickendorf, Humboldtstraße, aus statt.
 Am 1. Dezember starb unser Kollege, der Dreher
Fritz Mausolf
 geb. 27. Dezember 1905.
 Die Beerdigung findet am Freitag, dem 6. Dezember, 14 1/2 Uhr, von der Beerdigungshalle des St. Marien-Friedhofes in Friedrichshagen aus statt.
 Am 3. Dezember starb unser Kollege, der Werkzeugmacher
Max Bittner
 geb. 15. November 1899.
 Die Einäscherung findet am Sonntag, dem 7. Dezember, 10 1/2 Uhr, im Krematorium Baumföhrenweg statt.
 Ehre ihrem Andenken!
 Regte Beteiligung wird erwartet.
 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband Verwaltungsmitglieder!
 Am Freitag, dem 6. Dezember, findet keine Sitzung der Mittlere Verwaltung statt. Dafür ist die Beerdigung der Stenografie. Die Ortsverwaltung.

Karlshorst
 Auguste-Viktoria-
 Ecke Trausenauer Straße
Neubauwohnungen
 2, 2 1/2 u. 3 1/2 Zimmer
 mit Zentralheizung, Warmwasser, Bad, etc.
 Vermietung durch
Boswau & Knauer
 Berlin W 8, Mohrenstr. 49
 Telefon: Mark 5529-5534

Verkäufe
 Tapeten, Seiden, Kolonialwaren
 Zeig, Ton, Gegenstände, etc.
 Kleinere Bekleidungsstücke, Wäsche usw.
 Wenig antike Rasierapparate von Metall, etc.
 Bekleidungsstücke, Wäsche usw.
 Wenig antike Rasierapparate von Metall, etc.



Bijouterien
 Deutsche Ankeruhren mit Kette, 1 Jahr Garantie, St. 275
 Küchenuhren gutes Messingwerk, 8 Tage gehend, Stück 450
 Moderne Steindocher verschiedene Farben, Stück 50 Pl.
 Zigarettenspitzen echt Silber, Stück 95 Pl.
 Manschettenknöpfe echt Silber, doppelseitig mit Perlmutter, Stück 95 Pl.
 Eleg. Armabänder 375
 amerikanisches Double, Stück

Weisswaren
 Crêpe de Chine-Bublikragen u. Manschetten, mit Spachtelplättchen garniert, Stück 225
 Crêpe de Chine-Passenkragen mit moderner Rüscheingarnierung, St. 375
 Kunstseidene Cadenez in guter Qualität, Stück 450
 Perlkragen Schal oder Hüllform, Stück 650

Spitzen
 Klöppelspitzen für Handarbeiten, ca. 6 cm breit ca. 8 cm breit ca. 10 cm breit
 Nr. 15 Pl. Nr. 22 Pl. Nr. 30 Pl.
 Mod. Kleiderfüll Webgewebe, ca. 100 cm breit, viele Farben, Meter 375
 Gardinen-Ansätze Hamieleinen, mit handgeknappter Leinenfranse, ca. 80 cm breit, Meter 390
 Gardinen-Filetstoffe Hamieleinen, ca. 160 cm breit, Meter 450

Damen- Handschuhe
 Schwedisch imitiert mit Umsehlgmanschette, Paar 95 Pl.
 Trikot durchgehend gestrickt, farbig, mit 2 Druckknöpfen, Paar 165
 Reine Wolle gestrickt, m. Flanellrand, farbig, Paar 195
 Nappa ganz gestoppt, mit 2 Druckknöpfen, Paar 390
 Washleder waschbar mit Wasser und Seife, mit 2 Perlmutterknöpfen, Paar 390
 Herren-Handschuhe Nappa-Stepper, m. Druckkn., haltbar, Qualität, Paar 450

Strümpfe
 Damen-Strümpfe guter Seidenfaser oder echt Mako, Paar 95 Pl.
 Damen-Strümpfe Reine Wolle, Kaschmir oder feinfd. Kammw., Waschseide, Paar 195
 Damen-Strümpfe Wolle mit künstlicher Seide plattiert, Paar 295
 Herren-Socken Strapsstrick, lila oder reine Wolle, gestrickt, Paar 95 Pl.
 Fantasiesocken Jacquard oder original-englisch, reine Wolle, Paar 195

Trikotagen
 Herren-Jacken wohlhaltige Qualität, Stück 245
 Herren-Hosen Kev. Jacke passend, gute wohlhaltige Qualität, Paar 295
 Herren-Hemden 1/2, offen, mit Doppelbrust, wollgemischt, Stück 345
 Herren-Garnituren Jacke und Beinkleid, feinfarbig, Garnitur 590

Parfümerie
 Feine Toiletteseifen 1. Geschenk-Karton 50, 75, 95 Pl. m. 3 Stück, Karton
 Parfümzerstäuber eleg. Muster, Stück 95 Pl. 150 275
 Modeparfüms m. Toiletteseifen, 95 Pl. 150 275
 Manicure-Etuis mit guten Instrumenten, Stück 95 Pl. 150 295
 Rasierapparat-Garnituren enthaltend: Rasierapparat, Rasierpinsel, Rasierseife in Nickelhülse u. 5 Rotbarntingeln, Garnitur 250
 Rasierspiegel doppelseitig, m. Vergrößerungsglas, St. 95 Pl. 145 225
 Rasiergarnituren mit Nagel u. Pinsel, Garnitur 95 Pl. 285 450

Handarbeiten
 Handtaschen angefangen, mit Material, Stück 285
 Spitzendecken ca. 130 cm rund, reich garniert, Stück 425
 Handklöppel-Mittendecken, Stück 450
 Kunstseidene Handfiletdecken 1150 mit Franse, ca. 130 cm, rund, Stück

Kurzwaren
 Gummilitze 3 Meter 10 Pl.
 Gummiband für Strumpfhalter, Abschnitt 10 Pl.
 Gardinenkordel 7 Meter 15 Pl.

Nähkasten
 in grosser Auswahl

H. ERMA
 DAS WARENHAUS BERLIN IN ALLEN STADTTTEILEN

Möbel
 Möbelkäufer merke Kredit und hat
 Möbelkäufer, große Auswahl, keine Kredit!
 Möbelkäufer, große Auswahl, keine Kredit!
 Möbelkäufer, große Auswahl, keine Kredit!

Fahrräder
 2000 Rinderräder, großer Gelegenheitsaufsatz, 7,50, 12, 15, 20, 25, Rinderräder 9,50, 11, 15, 20, 25, Weiden, Weidenstr. 14.

Wissenschaftliche Heilung der Nervenschwäche.
 Größelien und quälende Gedanken zerstören Ihre Schaffenskraft, Ihre Lebensfreude, Ihr eheliches Glück, Müdigkeit, Unlust zur Arbeit, Kopfschmerzen, Zittern in den Gliedern, Depressionszustände, Herabminderung oder gar Verlust des sexuellen Vermögens sind Alarm-Signale, die Sie nicht überhören dürfen. Es muß Ihre Haupt Sorge sein, sich Ihre Jugendkraft, Ihre sexuelle Energie zu erhalten. Auf Wunsch senden wir Ihnen kostenlos die wissenschaftliche Abhandlung "Neues Leben", die Ihnen hochinteressante tiefe Einblicke in die geheimnisvollen sexuellen Funktionen der menschlichen Organe gewährt. Vieles, was Sie sich bisher nicht erklären konnten, wird Ihnen durch die zahlreichen farbigen Abbildungen v. r. ständig werden.

Musikinstrumente
 Einpianos, überaus preiswert Piano-Modelle, etc.
 Hoffmann Pianos, Stimmhaus, etc.
 Hoffmann Pianos, Stimmhaus, etc.

Kaufgesuche
 Fahrgestelle, Motorräder, etc.
 Fahrgestelle, Motorräder, etc.

Titus-Perlen
 sind das erste wissenschaftliche Präparat zur Belohnung der Geschlechtsdrüsen-Tätigkeit, mit garantiertem und standardisiertem Hormongehalt. Titus-Perlen werden erst jetzt nachdem sie schon in jahrelanger wissenschaftlicher Forschung und nach praktischer Erprobung überraschende Erfolge gezeigt haben, der Öffentlichkeit übergeben. Titus-Perlen werden hergestellt nach Vorschrift und unter ständiger Kontrolle des Instituts für Sexualwissenschaft Berlin (Dr. Magnus Hirschfeld - Stiftung). Originalpackung 100 Stück RM. 9,80. Broschüre liegt jeder Packung bei. Versand d. d. Friedrich-Wilhelms-Städtische Apotheke, Berlin NW 193, Luisenstraße 19.

Bestellungsstücke, Wäsche usw.
 Bekleidungsstücke, Wäsche usw.

Unterricht
 Berlin School, etc.

Verschiedenes
 Diamant-Handwerk, etc.

